Nr. 44 — Sonntag, den 21. Februar 1886. — III. Jahrg.

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“
erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 4 Mark. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags Nummer mit illustrirter Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1886 unter Nr. 769.)

Insertionsgebühr
beträgt für die 4 gespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pfennige. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Rückblick auf die Sozialistengesetz-Verhandlungen.

Wer bis jetzt vielleicht noch in dem Wahne befangen war, daß das Sozialistengesetz im Jahre des Heils 1886 sein Ende finden werde, der ist durch die am Donnerstag und Freitag stattgehabte Generaldebatte über die Verlängerung des Gesetzes gründlich getäuscht worden.

Die Redner der Sozialdemokratie stellten sich durchweg auf den Standpunkt, daß eine Verlängerung des Sozialistengesetzes der Ausbreitung der Sozialdemokratie durchaus nicht schade, daß auch die Idee des Sozialismus unter solchem Drucke nicht leide, daß aber die schwere Schädigung, welche durch das Gesetz speziell betroffenen Personen, welche zum dem Arbeiterstande angehören, die Aufhebung eines solchen Polizeigesetzes erfordere.

Daneben aber erheischten auch diese Aufhebung Moral und Gerechtigkeit.

Daß ein frischer Kampfesmuth aus den Reden der Sozialdemokraten herausklang, das wurde im Reichstage allgemein zugegeben.

Dahingegen tönte aus den etwas geschraubten Erklärungen des Herrn v. Puttkamer weder Kampfeslust, noch die frühere Sicherheit hervor. Ein heftiger Angriff gegen den hier erscheinenden „Sozialdemokrat“, welchen der Herr Minister hartnäckig das Organ des Abg. Bebel nannte, verpuffte deshalb in der Luft.

Unumwunden sprechen wir unsere Meinung dahin aus, daß bis jetzt noch niemals der Herr Minister von Puttkamer bei Belagerungszustands- und Sozialistengesetzdebatten mit seinen Zitaten Glück gehabt hat — ob mit seinen Reden? Dies wollen wir hier nicht bestreiten. Das eine aber kann man kühn behaupten, daß Herr von Puttkamer am 18. und 19. Februar 1886 im Reichstage durch sein Auftreten — am ersten Tage war er ungemein matt und am zweiten in seiner Schärfe nicht etwas verletzend, aber nicht überzeugend — nicht einen einzigen Proselyten gemacht hat.

Nicht ein schwankender Deutschfreisinniger oder Zentrumsmann ist von den Reden des Herrn v. Puttkamer zum Zusagen hinüber gezogen worden; wäre es überhaupt möglich, so wäre es dem Minister am Ende gelungen, durch seine Reden irgend einen Nationalliberalen in das Lager der Opposition zu treiben.

Wie aber stehen die Parteien zu der Vorlage?

Keine einzige Partei hat sich unumwunden gegen die Verlängerung des Gesetzes ausgesprochen, wenn man die Mitglieder der Volkspartei ausnimmt.

Selbst der Redner der deutschfreisinnigen Partei erklärte, daß er dem unveränderten Gesetze nicht zustimmen könne. Also einem veränderten Sozialistengesetze am Ende doch? Es nahm auch Wunder, daß die Deutschfreisinnigen mit einer gewissen Freude in die Kommissionsberathungen hinein sprangen, wahrscheinlich, um Zeit zu gewinnen und eventuell ihr Gewissen zu beruhigen.

Von dem Herrn Dr. Windthorst ist bei solchen Fragen keine Klarheit zu verlangen. Derselbe wird Abänderungsanträge in der Kommission stellen — er selbst stimmt auf alle Fälle gegen die Verlängerung; aber seine Getreuen?

Der Zentrumsredner ließ alle Zuhörer darüber in Unklarheit, wie seine Partei über den ganzen Gesetzentwurf denke, wie sie stimmen würde,

wenn die Abänderungsanträge des Abg. Windthorst vom Hause angenommen werden, die Regierung dann aber das Gesetz für unannehmbar erklärt;

wie sie ferner stimmen würde,

wenn die Abänderungsvorschläge des Abg. Windthorst vom Hause abgelehnt werden.

Man sieht daraus, daß sich der Zentrumsführer vollständig freie Hand gelassen hat, um das Tauschgeschäft mit der Regierung weiter führen zu können. Für das Sozialistengesetz hat die Regierung eine theilweise Aufhebung der Kulturkampfgesetze angeboten. Vielleicht ist das Gebot noch nicht genügend? Doch was nicht ist, kann werden — vielleicht giebt die Regierung sämmtliche Kulturkampfgesetze in Preußen und im Reiche preis für die Verlängerung des Sozialistengesetzes und die Gewährung des Branntweinmonopols?

Und bis man sich über dieses Tauschgeschäft gegenseitig klar geworden ist, wird das Sozialistengesetz in der Kommission maltraitirt.

Die Konservativen gehen natürlich mit der Regierung durch dick und dünn. Diese beiden Parteien von Bismarcks Gnaden kommen bei den Verhandlungen im Reichstage nur soweit in Betracht, daß man ihre Stimmen zu Gunsten jeglicher Regierungsvorlage von vornherein zu zählen hat — so auch bei dem Sozialistengesetz. Hätte die Regierung den Zeitraum in der Vorlage anstatt auf 5 Jahre auf „ewige Zeiten“ festgesetzt, so wären ihr die konservativen Stimmen gleichfalls sicher.

Die National-Liberalen wollen die Dauer des Gesetzes von 5 auf 2 oder 3 Jahre ermäßigen, damit jeder neugewählte Reichstag sich mit der Verlängerung desselben beschäftigen kann. Das ist allerdings recht gnädig den Sozialdemokraten und dem Reichstage gegenüber, aber stimmen werden die National-Liberalen jetzt sowohl wie später immer wieder für das Gesetz.

Wie die Sache also liegt, wird das Sozialistengesetz ganz sicher wieder auf 2 oder 3 Jahre hinaus verlängert werden.

Politische Uebersicht.

Der Abg. Windthorst wird zur zweiten Lesung des Gesetzentwurfes, betr. die Verlängerung des Sozialistengesetzes, wieder seinen bereits im Jahre 1884 gestellten Abänderungsantrag einbringen. Der Inhalt des Antrags bezweckt, eine Milderung des jetzigen Ausnahmezustandes in erster Linie für die sozialdemokratischen „Versammlungen“ herbeizuführen, die bisher verboten werden können, wenn durch Thatsachen die Annahme gerechtfertigt ist, daß sie zur Förderung sozialdemokratischer Bestrebungen bestimmt sind. Die Befugniß zu solchem Verbot will der Antrag Windthorst beseitigt wissen. Die Polizei soll sozialdemokratische Versammlungen wie andere zwar auflösen, aber im Voraus nicht mehr untersagen dürfen. Für die sozialdemokratische Presse will der Antrag sodann eine Erleichterung dadurch herbeiführen, daß das Verbot des Erscheinens einer Zeitung, welches jetzt erfolgen kann, sobald das Verbot einer Nummer erfolgt, fernerhin nur gestattet sein soll, wenn ein zweimaliges Verbot einer einzelnen Nummer vorliegt. Die Gründe für dies Verbot sollen den Betheiligten nicht mehr wie bisher in allgemeiner Form, sondern unter genauer Bezeichnung der Stellen der Druckschrift, auf die das Gesetz angewendet worden, mitgetheilt werden. In dem jetzigen Zustande wird das Verbot ungeachtet der Beschwerde des Betroffenen ohne Weiteres ausgeführt; nach dem Antrage Windthorst soll die Beschwerde, wenn es sich um das fernere Gedeihen der Druckschrift handelt, aufschiebende Wirkung haben. Die Verhängung des sogenannten kleinen Belagerungszustandes soll auf die Residenz Berlin beschränkt bleiben, und die aus neun Mitgliedern bestehende Beschwerde-Kommission, zu welcher der Bundesrath jetzt vier seiner Mitglieder stellt, hinfort ausschließlich aus Richtern des Reichsgerichts und der höchsten Landesgerichte gebildet werden. Die Dauer der Verlängerung des so abgeänderten Gesetzes will der Antrag auf zwei Jahre beschränken. Auch die früher bereits beantragten beiden Resolutionen, betreffend den Uebergang zum gemeinen Recht und die Aufhebung der Maigesetze, sollen in der alten Form wiederholt werden. — Die „Voss. Ztg.“ bemerkt dazu: Vor zwei Jahren verhinderte die Ablehnung dieses Antrages nicht, daß eine Anzahl von Mitgliedern des Zentrums für die Fortdauer des unveränderten Gesetzes stimmten. Ob die jetzige Wiederholung des Abänderungsversuchs einen anderen Verlauf der Angelegenheit herbeiführen wird, ist mindestens fraglich. Im Jahre 1884 wurde die Verlängerung in der Kommission mit 10 gegen 10 Stimmen abgelehnt und im Plenum mit 183 gegen 156 Stimmen angenommen, nachdem der Staatssekretär des Reichsjustizamts sich Herrn Windthorst gegenüber gegen den Uebergang zum gemeinen Recht erklärt hatte.

Feuilleton.

Die Tochter des Bankrotteurs.

Roman aus der Gegenwart
von
Gustav Lössel.

„Es wird mir schwer, das Unbegreifliche zu fassen,“ sagte sie mit heiserer, erstickter Stimme. „Es wird mir schwer zu glauben, daß es der Kommerzienrath Eschenbach und dessen Tochter ist, von denen Sie reden. Aber Sie sind eine Gerichtsperson, und was Sie sagen, bedarf wohl keiner amtlichen Bestätigung. Ganz unmöglich ist es mir, Ihnen schon jetzt eine zusammenhängende Antwort darauf zu geben, wie ich Sie anderseits bitten muß, mich allein und mir in diesem Augenblicke keine weitere Mittheilung hierüber zu machen. Herr Gollnow, sagen Sie, wohnen Sie hier? Er wird so freundlich sein, mich von den näheren Umständen zu unterrichten, sobald ich im Stande sein werde, sie zu hören. Nur die eine Versicherung möchte ich Ihnen noch mitgeben, die Versicherung meiner völligen Unbetheiligtheit von diesen Vorgängen, die mich aufs höchste erschrecken. Gehen Sie nun oder verweilen Sie, verfügen Sie über mein Eigenthum und meine Leute, nur gönnen Sie mir ein kurzes Alleinsein, um meine Gedanken zu sammeln und sie auf die Bahn ruhiger Ueberlegung zurückzuführen.“

Diese leidenschaftslose Ruhe der Baronin machte einen zweifelnden Eindruck selbst auf den Kommissär. Als sie jetzt an ihm vorüber zur Thür ging, machte er ihr ehrerbietig Platz. Die drei Herren blickten einander betroffen an.

„Sie scheint doch wirklich ahnungslos gewesen zu sein,“ meinte Möller halb in Frage. Aber der Kommissär zuckte nur noch die Achseln und schwieg.

Gegen Abend trafen Beide in Neu-Strelitz wieder zusammen. Sie hatten von der Flüchtigen nicht die geringste Spur entdeckt.

Ihrer Verabredung gemäß setzte Möller seine Forschungen nun in nördlicher Richtung fort, während Romberg nach der Residenz zurückkehrte.

Er kam dort in der Nacht an und stärkte sich zunächst durch einen erfrischenden ruhigen Schlaf für fernere Anstrengungen.

Am nächsten Morgen, demselben, an welchem Gontard seinem neuen Chef die Briefe seiner Sohnes auslieferte, begab er sich zunächst nach dem Hause des Kommerzienrathes, das er in einer traurigen Verödung fand.

Das Haus- und Bureau-Personal war entlassen und vom Gericht Alles unter Siegel gelegt worden. Nur noch Wipmann und Friedrich waren im Dienst verblieben, ersterer zur mehren Sicherheit des Hauses und Friedrich wegen der sehr werthvollen Pferde des Verstorbenen. Ueber das Vermögen des Kommerzienraths war der Konkurs verhängt. An Stelle des Massenverwalters fungirte ein Vertrauensmann desselben als Wächter im Hause.

Außer diesen Dreien befand sich Niemand im Hause. Den Todten hatte man nach dem Obduktionshause überführt und von dort fand auch die Beerdigung statt.

Romberg nahm noch einmal in Gedanken und mit aller Ruhe den Thatbestand auf. In dem Privatkabinet des Kommerzienraths verweilte er am längsten. Das Resultat der Obduktion war ihm bereits bekannt geworden, aber er hielt starr an seiner Meinung von einer Vergiftung fest, wie er es Möller vorhergesagt hatte. Mit besonderer Rücksicht darauf maß er genau die Entfernung zwischen dem Geldschrank und dem Seitentisch ab, auf welchem Karaffe und Glas gestanden. Dieselbe betrug vier und einen halben Schritt. Er wurde nun derselben Meinung wie Frau Winter, daß nämlich der Umsinkende keine Zeit mehr gefunden haben konnte, ein Glas mit Wasser zu füllen. Dieses musste schon gefüllt dagestanden haben, wie Jean es sagte. Das festzustellen war aber äußerst wichtig, wenigstens nach seiner Ansicht von der Sache.

„Ich werde es schon herausbekommen,“ murmelte er, „und den Herren Aerzten die Augen öffnen. Diese beschämende Belehrung von einem Laien gönne ich ihnen.“

Von hier begab er sich nach dem Kommissariat. Es hatte sich nichts Neues in dem Fall ergeben. Das Stubenmädchen Jenny wurde polizeilich beobachtet, man hatte aber nichts Verdächtiges bemerkt.

„Und dennoch!“ beharrte Romberg trotzig. Auch darin stand seine Ueberzeugung unerschütterlich fest, daß Jene mehr von dem Fall wisse, als sie zu sagen beliebe.

Er gab jetzt aber den Plan ihrer weiteren persönlichen Befragung auf, diese dem Untersuchungsrichter überlassend, mit dem er sich hierüber sofort in Verbindung setzte.

Sein nächster Gang war zu Winter senior, in dessen Haus er gegen Mittag eintraf.

Der kleine Herr empfing ihn mit dem freundlichsten Lächeln, und obwohl ihm Gontard schon einen solchen Besuch angesagt hatte, stellte er sich doch sehr erstaunt und über die Zumuthung entrüstet, daß sein Sohn die Tochter des Kommerzienrathes auch nur indirekt zu dem fatalen Schritt bewogen haben sollte.

„Mein Sohn hat mir allerdings eine Verbindung mit Fräulein Eschenbach in Vorschlag gebracht,“ sagte er, „aber ich hatte Gründe, seine Wahl nicht zu billigen, deshalb habe ich ihn fortgeschickt. Von einer Korrespondenz zwischen Beiden ist mir nichts bekannt.“

Er würde auch das nicht einmal zugestanden und dem Beamten jede Auskunft verweigert haben, wenn er nicht gewußt hätte, daß er dem Anderen nicht mehr sagte, als was er schon wußte, und daß ein Ableugnen dieser einfachen Wahrheiten ihn nur verdächtigt hätte. Die Adresse seines Sohnes nannte er ebenfalls in der sicheren Ueberzeugung, daß Jener sie auch bereits kenne.

Aber Romberg kannte sie noch nicht, wenigstens nicht die genaue Adresse, und so prägte er sie seinem Gedächtnisse fest ein. Dem besorgten Vater aber versicherte er, daß sein Sohn unbelästigt bleiben werde, wie denn sein Name öffentlich nicht genannt werden sollte.

„Ich werde mich an diesen Plauderer Hertel machen,“ dachte er, als er fortging, „er soll mir mehr verrathen, als dieser vorsichtige kleine Herr mir zu sagen beliebt.

Aber Winter war ebenso schlau. Er jagte noch selbigen Tages den plauderhaften Hertel aus seinem Dienst und übergab die verrätherischen Briefe den Flammen. Er bereute nun nicht mehr, sich Gontards Schweigen und Er-

weil man auf diesem Boden nur die leicht ersetzbaren Personen, nicht die ganze Partei treffen könne. Die Regierung weiß offenbar, daß sie in diesem Punkte auf das Zentrum rechnen kann, und da das letztere unter den heutigen Umständen nicht das mindeste Interesse an Neuwahlen hat, wird Herr Windthorst dafür sorgen, daß diese Rechnung nicht täuscht.

Außerdem sollen folgende Resolutionen beantragt werden:

Der Reichstag wolle beschließen:

1. In Erwägung, daß das Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 nach der ursprünglichen Absicht der verbündeten Regierungen wie der Majorität des Reichstags eine dauernde Institution nicht werden sollte, den Bundesrath zu ersuchen, dem Reichstag rechtzeitig den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, welches das gemeine Reichsrecht insoweit abändert oder ergänzt, als es dessen bedarf, um den Staat und die Gesellschaft nachhaltig und dauernd vor den besonderen Gefahren zu schützen, deren zeitweilige Abwehr das vorgenannte außerordentliche Gesetz bezweckt hat.

2. In Erwägung, daß die eigenen Mittel von Reich und Staat nicht hinreichen, um die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie in ihren eigentlichen Grundursachen zu treffen, vielmehr die Wurzel dieses Uebels nur dadurch ausgerottet werden kann, daß die Religion in das Herz des deutschen Volkes wiederum weiter und tiefer eingepflanzt und darin zu frischer Lebenskraft entfaltet wird: den Bundesrath zu ersuchen, soweit seine Kompetenz reicht, dahin zu wirken, daß überall die Hemmnisse beseitigt werden, welche die verschiedenen Religionsgemeinschaften in der freien und ungeschmälerten und nur so gesegneten Wirksamkeit für Fortpflanzung und Förderung christlichen Glaubens und Lebens im deutschen Volke zur Zeit noch hindern oder beengen.

Ueber die Diätenfrage im Reichstage äußern sich die hochkonservativen „Dresdener Nachrichten" folgendermaßen: Der Diätenantrag selbst ist ein alter Stammgast des Reichstages. Er ist schon oft von ihm gestellt und ebenso oft vom Bundesrathe abgelehnt worden. Das gleiche Schicksal steht ihm auch diesmal bevor. Früher war es die Fortschrittspartei, die regelmäßig den Antrag auf Gewährung von Diäten an die Abgeordneten erneuerte; sie hat das müßige Unternehmen allmälig satt bekommen; dafür greifen die Sozialdemokraten den in der Parlamentsecke liegenden Diätenball wieder auf und der Reichstag schleudert ihn dem Bundesrathe zu. Die Sozialdemokraten sind zu ihrem Vorgehen durch die bekannten Prozesse veranlaßt worden, die der preußische Staatsfiskus gegen etliche sozialdemokratische und fortschrittliche Abgeordnete wegen Annahme von Parteidiäten angestrengt hat. Diese Prozesse halten wir für recht kleinlich und unnöthig erbitternd. Sie sind überhaupt nur gegen solche Abgeordnete anzustrengen, die ihren Gerichtsstand im Geltungsbereiche des preußischen Landrechts haben. Denn nur auf Grund der Anwendung etlicher Paragraphen dieses preußischen Landrechts ist es denkbar, daß vom Richter allenfalls eine Verurtheilung der Diätenempfänger ausgesprochen werden könnte. Könnte! Denn nothwendig ist dies nicht, vielmehr haben sämmtliche Unterinstanzen der preuß. Gerichte, vor denen Diätenprozesse anhängig sind, den Fiskus glattweg abgewiesen. Wenn nun auch das Unerwartete geschähe und die Oberinstanz den Diätenbezug für ungesetzlich erklärte, was käme dabei heraus? In den Theilen Preußens, wo ein anderes bürgerliches Gesetzbuch als Landrecht gilt und im ganzen außerpreußischen Deutschland würden doch die Abgeordneten nicht behindert sein, Diäten seitens der Parteikasse oder von Parteigenossen anzunehmen. Das ganze Einschreiten wegen des Diätenbezugs hat einen gehässigen Anstrich; der Sozialdemokrat Hasenclever rächte sich für diese Prozesse durch eine Menge Anspielungen auf den Bismarckfonds. Wenn der Kanzler einen solchen Fonds annähme, warum den Abgeordneten die Annahme von Diäten verbieten?

Zug um Zug! Anläßlich der kirchenpolitischen Vorlage enthalten die offiziösen Blätter einen längeren Artikel, in welchem es u. A. folgendermaßen heißt: „Offiziell kann und darf ja auf keiner Seite zugegeben werden, daß der Grundsatz des „Do, ut des" (Ich biete etwas, um etwas dafür zu gewinnen), sei es zwischen den Parteien, sei es zwischen dem Parlament und der Regierung jemals zur Anwendung gelange. Der Wahrheit gemäß aber muß man geradezu behaupten, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Zug-um-Zug-Politik Prinzip und Regel geworden ist. Handeln und Bieten macht das Geschäft. Dabei thut man Herrn Windthorst durchaus kein Unrecht, wenn man ihm nachsagt, daß er ein gewiegter Kaufmann ist, der auf gute Preise hält ..... Sogar Angelegenheiten der allererheblichsten Art, wie beispielsweise die Umgestaltung des deutschen Zolltarifs im Jahre 1879, waren Gegenstand eingehender Transaktionen. Zwischen der zweiten und dritten Lesung mußte Dr. Falk sein Portefeuille niederlegen, ganz abgesehen von regierungsseitigen Zugeständnissen an Herrn Dr. Windthorst in seiner Eigenschaft als Sachwalter des hannoverschen Fürstenhauses. (Auszahlung der Rente an die Könige von Hannover.) Es nimmt daher kaum noch Wunder, daß jetzt die Rede davon ist, die Verlängerung des Sozialistengesetzes und sogar das Branntweinmonopol ständen in gewissem Konnex mit der Freiheit und Selbstständigkeit der Kirche, und der dieser Tage bekannt gegebenen Vorlage würde ein weiteres folgen, wenn das Zentrum vernünftig mit sich sprechen ließe. Was an diesen Gerüchten ist, wissen wir nicht, halten es auch für überflüssig, dies hier zu untersuchen. Doch wollen wir darauf hinweisen, daß, wenn der Gesetzentwurf, betreffend Abänderungen der kirchenpolitischen Gesetze, den Zweck hat, welchen die Regierung unseres Erachtens mit demselben verbindet, die Haltung „des Zentrums vorab außer Ansatz bleiben soll ... Nach der Vermittlerrolle des Papstes in der Karolinen-Affaire und der Dekorirung des Fürsten Bismarck mit dem Christusorden müßte jede den Frieden zwischen Staat und Kirche wiederum ins Ungewisse stellende Wendung die unheilvollsten Folgen nach sich ziehen. Vor einer derartigen Verantwortung möchte auch Herr Windthorst zurückschrecken, so sehr es ihn sonst reizen könnte, der Welt zu zeigen, daß er noch früher aufzustehen in der Lage sei, als der Kanzler mitsammt dem Papste. Wir glauben indessen mit vollster Sicherheit annehmen zu dürfen, daß man diesmal sowohl in der Wilhelmstraße, wie im Vatikan bereits fertig angezogen war, als die Meppener Exzellenz unter ihrem Zentrumslager noch nach den Pantoffeln suchte." — Ob das letztere richtig ist, wird sich wohl bald zeigen. Bis jetzt war Herr Windthorst immer früher auf dem Posten. Im Uebrigen ist das, was der Artikel verkündete, längst öffentliches Geheimniß.

„Im kleinen Lande Braunschweig geht man — so schreibt Dr. Sigl in seinem „Vaterland" — auch mit dem „Fortschritt" der Zeit. Von den 1885 geschlossenen Ehen wurden 200 nicht mehr kirchlich eingesegnet und 5000 Kinder blieben ungetauft. — Heiden im 19. Jahrhundert!" —. Der fromme Herr Sigl muß es ja wissen!

Eßlingen (Württemberg), 16. Februar. Bei der Landtagsstichwahl erhielt Schultheiß Mauz 2215, Fabrikant Merkel 786 Stimmen; ersterer ist somit gewählt. Mauz hat in allen Orten mit Ausnahme der beiden katholischen Orte Pfauhausen und Steinbach, mehr Stimmen als bei der ersten Wahl erhalten.

Zu den Ausweisungen. Im Löbauer Kreise in Westpreußen haben zahlreiche russisch-polnische Staatsangehörige den Befehl erhalten, in zehn Tagen das preußische Gebiet zu verlassen. Unter den Ausgewiesenen befindet sich die Frau des Schuhmachers Piersza aus Löbau. Der Ehemann, russischer Unterthan, ist vor einiger Zeit nach Amerika ausgewandert, die mit der Ausweisungsordre bedachte Frau, eine geborene Preußin, hat über den gegenwärtigen Aufenthaltsort des Mannes keine Kenntniß. Sie soll aber binnen zehn Tagen mit ihren beiden Kindern, deren jüngstes erst wenige Wochen alt ist, auswandern. Die Lage der Frau ist eine sehr traurige, sie entbehrt aller Geldmittel, die Kinder sind sehr nothdürftig bekleidet, das größere hat beide Füße erfroren. In Russisch-Polen hat sie keinen Bekannten und kennt die dortigen Verhältnisse nicht.

— Aus Schlesien wird der „Voss. Ztg." gemeldet: „In Betreff der Ausgewiesenen ist dieser Tage ein Fall vorgekommen, der beweist, daß nach der Auffassung der Behörde auch die zeitweise Rückkehr Ausgewiesener unzulässig ist. Wie aus Kattowitz berichtet wird, hätte ein junger Mann, der nach dreijährigem Aufenthalt in Kattowitz ausgewiesen in dem österreichischen Grenzstädtchen Oswieczym Stellung gefunden hatte, mit einer Legitimationskarte der österreichischen Behörde versehen, Kattowitz in Geschäftsangelegenheiten aufgesucht. Auf das Polizeiamt bestellt, mußte er einen Schein unterschreiben, in dem er sich verpflichtete, bis zum Abend die Stadt zu verlassen, widrigenfalls er eine Strafe von 150 M. zahlen sollte. Die gouvernementale „Oberschl. Ztg." findet dies Verfahren sehr bedenklich und meint, wenn das Vorgehen der preußischen Behörde drüben Nachahmung finde, würden die schlesischen Geschäftsleute ernstlich gefährdet werden."

Aus Gera, 17. Februar, wird der „Volks-Ztg." mitgetheilt: Wer sich von der Unpopularität des Branntweinmonopols in der hiesigen Bevölkerung überzeugen wollte, der mußte in die gestern Abend im Kaisersaal stattgefundene Volksversammlung gehen, in welcher der Reichstagsabgeordnete unseres Kreises, Herr H. Rödiger, über das Projekt, den Branntwein zu monopolisiren, sprach. Dreitausend Personen aus allen Ständen und Berufsklassen hatten sich eingefunden und nach eingehender Beleuchtung des Monopols nahm die Versammlung eine Resolution an, welche sich in der entschiedensten Form gegen das Monopolprojekt aussprach. Dagegen macht unser nationalliberales Blatt, die „Geraer Ztg.", noch immer verschämt Stimmung für das Monopol, ein ganz vergebliches Beginnen, für das man bei der notorischen Einflußlosigkeit dieses Preßorgans auf die hiesige öffentliche Meinung in allen allgemeinen politischen Fragen nur ein Lächeln haben kann.

Das Branntweinmonopol ist ganz nach den Anträgen des betr. Ausschusses von dem Bundesrathe angenommen worden. Die Abänderungen des Ausschusses waren rein formeller und redaktioneller Natur. Die wichtigste derselben ist die zu § 23:

Für Trinkbranntwein, aus Getreide, Kern- und Steinobst, Beeren, Früchten, Wurzeln, Weinhefe, Trestern und dergleichen bereitet, wird unter billiger Berücksichtigung der bisherigen Preise dieser Branntweingattungen ein dem höheren Werthe derselben entsprechender Preis festgesetzt. So weit der an die Monopolverwaltung abgelieferte Branntwein die von der Brennerei festgesetzte Menge überschreitet, bleibt der überschießende Menge bei der Preisberechnung außer Betracht.

In § 25 wurde folgende Bestimmung aufgenommen: Die Errichtung von Branntwein-Magazinen erfolgt im Einvernehmen mit der Landesregierung.

Zu § 26: Zur Herstellung von Genußmitteln, welche nicht als alkoholische Getränke anzusehen sind, wird der Branntwein zu den von dem Bundesrath festzusetzenden abgeminderten Preisen abgegeben. Für gewerbliche Zwecke, einschließlich Essigbereitung, für wissenschaftliche Heizungs- und Beleuchtungszwecke verabfolgt die Monopolverwaltung Branntwein zu Ankaufspreisen. Für Branntwein zur Herstellung von zum Export gelangenden Fabrikaten nach Maßgabe der Bestimmungen des Bundesraths eine weitergehende Preisermäßigung bewilligt werden.

Zu § 27: Zum Absatz im Auslande bestimmter Branntwein wird in der Regel, und zwar im rohen Zustande, durch die Monopolverwaltung im Wege der öffentlichen Versteigerung in den vom Bundesrathe bestimmten Plätzen und Zollausschlüssen zum Verkauf gebracht.

Neuer § 28: Den Apothekern bleibt zu Heilzwecken die Herstellung und der Verkauf von Alkohol, sowie von alkoholischen Getränken gestattet.

Der Entwurf gestattet die Reinigung des Branntweins in Privatanstalten und bestimmt weiter: Die Reinigung des für das Ausland bestimmten Branntweins und die Herstellung von alkoholischen Getränken aus demselben zum Absatz im Auslande kann in dazu geeigneten Privatanstalten bewerkstelligt werden.

§ 74 gestattet für kleinere Brennereien Mengen von nicht über fünf Liter zum Hausverbrauch zu behalten. Im § 81 ist als Bedingung für die Erlangung der Personalentschädigung die Führung des betreffenden Geschäfts seit wenigstens zwei Jahren (statt vier Jahren) angeführt und demgemäß die Skala entsprechend geändert.

§ 85 hat folgende Fassung: Ausgeschlossen aus dem Monopolgebiete bleiben das Freihafengebiet in Hamburg und das für Bremen und Bremerhafen zugestandenen Freigebiet. Der Bundesrath ist befugt, die Bestimmungen dieses Gesetzes für einzelne andere, an oder außerhalb der Zollgrenze belegene Theile des Reichsgebietes zeitweilig oder dauernd außer Kraft zu setzen. Werden solche Theile nach dem 1. August 1888 den Bestimmungen des Gesetzes unterworfen, so finden auf dieselben die in § 72 bis 84 enthaltenen Uebergangsbestimmungen sinngemäße Anwendung und hat der Bundesrath die in diesen Uebergangsbestimmungen bezeichneten Termine und Fristen im Einvernehmen mit der betreffenden Landesregierung festzustellen.

Neu hinzu tritt Paragraph 89, welcher lautet: Das gegenwärtige Gesetz tritt in Bayern, Württemberg und Baden erst nach erfolgter Zustimmung seitens dieser Staaten mit der Maßgabe in Kraft, daß die Bestimmungen im § 3 Absatz 2 und 3 und § 86 gegenüber einem dieser Staaten nur mit dessen Zustimmung abgeändert werden können. Für das Gebiet der zustimmenden Staates wird das Gesetz durch kaiserliche Verordnung in Wirksamkeit gesetzt.

Frankfurt a. M. Die Gerichtsverhandlung gegen den Kriminalkommissarius Meyer zu Frankfurt a. M. (Klatschaffäre) findet am 15. März im Leinewandhause statt. Geladen sind 76 Zeugen. Meyer ist angeklagt auf Grund des § 340 des Strafgesetzbuches wegen Körperverletzung im Amte. Außerdem haben sich noch drei Schutzleute wegen ähnlicher Vergehens zu verantworten.

Oesterreich Ungarn.

Welche Blüthen der Schwindel in dem benachbarten Nachbarstaate bereits getrieben hat, zeigte sich dieser Tage im österreichischen Abgeordnetenhause. Auf der Tagesordnung stand die Verstaatlichung der Prag-Duxer Bahn, welche infolge der finanziellen Katastrophe von 1873 schon längst mit Pleite kämpfte. Vor drei Jahren erholte sie sich wieder einigermaßen durch innige Verbindung mit der sehr rentablen Aussig-Dux-Bodenbacher Bahn. Der Staat, welcher inzwischen im westlichen Böhmen ein bedeutendes Eisenbahnnetz erworben hatte, wollte dem ein solches auch im nordöstlichen Böhmen hinzufügen, und es kam in Folge dessen zur Erwerbung der vereinigten Prag-Dux-Bodenbacher Bahn. Ueber dieselbe hatte das Abgeordnetenhaus schon zu Ende des vorigen Jahres zu beschließen, aber der Schluß der Session kam damals dazwischen. Es hieß alsbald, daß es bei dem Geschäfte nicht ganz richtig zugegangen sei, und als nun der Gegenstand wirklich zur Debatte kam, erfolgte in der That von Seite des dem Ministerium

---

gebenheit so theuer erkauft zu haben. Er fühlte selbst, es war eine böse Klippe, die er da soeben umgangen hatte.

Der Untersuchungsrichter Ortmann legte seine Stirn in die ernstesten Falten, als das Stubenmädchen Jenny Wendler vor ihm erschien.

Jung, hübsch, kokett und nicht wenig verschlagen, so hatte Romberg sie geschildert, und so war sie auch.

Ortmanns Antlitz zeichnete sich durch eine finstere Strenge aus; er besaß eine besondere Gewalt in seinem Blick, welchem allein er schon manchen schönen Erfolg verdankte.

Auch als Jenny ihm vorgeführt wurde, begann er sie zuerst sozusagen mit den Augen zu verhören. Er richtete nämlich seinen Blick mit einer so durchbohrenden Schärfe und so qualvoll lange auf sie, daß das junge Mädchen seine Angst und Unruhe ihm nicht verbergen konnte.

„Ich sehe schon," sagte er dann, „wir sind auch eine von den Versteckten, welche meinen, der Stimme ihres Innern und der richterlichen Gewalt trotzen zu können. An mir aber werden Sie Ihren Meister finden. Entweder Sie reden nun oder ich lasse Sie so lange bei Wasser und Brot einsperren, bis es Ihnen beliebt, der Wahrheit die Ehre zu geben. Wählen Sie, aber rasch! Meine Zeit ist gemessen."

Es sah so aus, als wenn der Untersuchungsrichter meinte, was er sagte, und der Gedanke ließ Jenny erbeben. Bei Wasser und Brot — eingesperrt: Brr! Lieber that sie Jenem den Willen.

„Sie vermuthen, daß ich etwas weiß," begann sie mit unsicherer Stimme. „Nun ja, ich weiß auch etwas, wovon Niemand, wie es scheint, eine Ahnung hat."

„So reden Sie!" sagte Ortmann barsch. „Dieses thörichte Schweigen ist nur dazu angethan, Sie und Andere ins Unglück zu bringen."

„Ja, ja, Sie haben ja Recht, Herr Untersuchungsrichter," bestätigte Jenny ängstlich, „aber ich hatte allen Grund, nichts zu sagen und das gnädige Fräulein ruhig entkommen zu lassen."

„Man hat Sie bestochen — Ihr Schweigen erkauft?" fragte Ortmann scharf.

Jenny spielte verlegen und auch ein wenig kokett mit dem Schürzenzipfel.

„Wie?" rief der Andere, indem er mit einer raschen Bewegung halb über den Tisch hinschoß und Jenny, die vor demselben stand, aus nächster Nähe ins Antlitz blickte. Er war ein großer, klapperdünner Herr, welcher mitunter in seinen Bewegungen an einen Schlangenmenschen erinnerte.

Das junge Mädchen fuhr entsetzt zurück. „Bestochen?" stotterte sie. „Nein, nein, wenigstens nicht mehr als eine für ein Mädchen ganz gewöhnliche Gefälligkeit erheischt Freundliche Worte, ein bischen bevorzugt und hin und wieder ein buntes Schleifchen, ein Stückchen Spitze ...."

„Auch etwas feine Wäsche und ein abgelegtes Kleid ...." vollendete Ortmann.

„Nun ja, wenn Sie es denn doch schon wissen, auch das," gab Jenny zu.

„Geld?!"

„Geld? — Nein, nein, niemals," versicherte sie. „Höchstens mal zu einem Theaterbillet .... einen kleinen Einkauf ...."

„Un so weiter und so weiter .... kenne das!" brummte der Untersuchungsrichter. „Das also war die Leistung — und die Gegenleistung? Ich meine, was hatten Sie dafür zu thun?"

„O, nichts weiter, als daß ich .... die Briefe von dem heimlich Verlobten des gnädigen Fräuleins empfing. Er schrieb unter meiner Adresse, weil der sehr heftige Herr Papa und sonst Niemand im Hause etwas davon wissen sollte."

„Und das war Alles?"

„Alles," betheuerte Jenny.

„Und natürlich haben Sie auch hier und da einen Blick in diese Briefe geworfen, verstohlen oder mit Erlaubniß des Fräuleins ...."

„Nur verstohlen. Das Fräulein würdigte mich nur einmal einer vertraulichen Mittheilung in diesem Punkt ...."

„Das war?" fragte Ortmann rasch.

„Kurz vor ihrer Flucht aus dem Elternhause."

„Berichten Sie!"

„Sie hatte seit zirka zwei Monaten gar keine Briefe mehr erhalten. Dieselben waren zwar immer unregelmäßig und in größeren Zwischenräumen eingegangen, aber jetzt blieben sie ganz aus. Es war, wie Wilhelm erzählte, was Sie wohl schon wissen werden .... Sie sollte den Herzenserwählten nicht haben (sein Vater war der Verbindung entgegen), und nun quälte sie sich bei Tag und Nacht mit dem Gedanken, daß er eine Andere gefunden, er mehr liebte, oder daß es seiner Familie gelungen, ihr ganz zu entfremden."

„Sie glauben daher," warf der Untersuchungsrichter ein, „daß das Fräulein ausgezogen ist, ihren Verlobten zu suchen?"

„Ich bin davon fest überzeugt."

„Und dennoch sagten Sie nichts?"

„Die Dankbarkeit verpflichtete mich zu schweigen und ich hatte auch keinen Grund, meine Herrin zurückzuhalten."

„So? Und die halbe Million, die sie hat mitnehmen heißen? Wie viel haben Sie denn davon als Schweigegeld bekommen?"

„Nicht einen Pfennig, und ich glaube auch nicht, daß sie das Geld entwendet hat."

„Sie halten sie für zu edel dazu?"

„Auch das; aber ich habe noch einen Grund zur Unschuld und an einer Anderen Schuld zu glauben."

„Einer Anderen?" forschte der Untersuchungsrichter gierig. „Wie meinen Sie das?"

Nach einigem Zögern und entsprechendem Zureden des Richters erzählte Jenny, was folgt:

„Es war in der fünften Stunde an jenem Unglückstage, an welchem unser Fräulein vom Hause flüchtete. Das Diner war vorüber, die Tafel abgetragen und das Dienerpersonal zum Vesperbrot in der Dienerhalle versammelt. Diese liegt, wie Ihnen bekannt sein dürfte, im Souterrain mit der Aussicht auf die Straße. Herr und Fräulein hatten sich auf ihre Zimmer zurückgezogen. Ich war noch

Klub angehörigen Abgeordneten Dr. Steinwender ein Angriff gegen den Handelsminister Pino, welcher denselben direkt beschuldigt, bei der Verwaltung seines Ressorts sich von eigennützigen Beweggründen oder von Rücksichten auf die Finanzinteressen seiner Freunde und Kreaturen leiten zu lassen. Den liberalen Blättern zufolge war die Vertheidigung des Handelsministers eine keineswegs ausreichende und dasselbe wird von der Rede des Sektionschefs im Handelsministerium, v. Pustwald, gesagt. Die Angelegenheit dürfte noch weiteren Staub aufwirbeln.

Frankreich.

In der Deputirtenkammer sind zur Zeit noch fünf Sitze erledigt: die der Herren Ganne, Bonnerot und Villain, Mitglieder der Linken, die gestorben sind, des gleichfalls verstorbenen Monarchisten Lorois und derjenige Henri Rochefort's, der seine Entlassung gegeben hat. Mindestens vier dieser Sitze werden nach den Ersatzwahlen von Republikanern eingenommen werden, so daß, wenn die Kammer vollzählig sein wird, es darin wenigstens 400 Republikaner und höchstens 184 Monarchisten geben wird. Dies weist eine Majorität von 216 Stimmen zu Gunsten der vereinigten Republikaner aus. In Folge der Wahlen vom letzten Sonntag sind unter 90 Departements — Algerien und Corsica mitinbegriffen — 59 Departements mit rein republikanischer, 11 mit gemischter und 20 mit vollständig reaktionärer Vertretung. Für die Niederlage am Sonntag macht Paul de Cassagnac die Royalisten verantwortlich, welche sich nach den Wahlen gerühmt hätten, sie bedürften der Bonapartisten nicht mehr, und die deshalb den Bund mit den Konservativen gekündigt hätten.

— Die Initiativkommission der französischen Deputirtenkammer berieth am Donnerstag unter Zuziehung der Minister den auf Ausweisung der Prinzen gerichteten Antrag und hat denselben, entsprechend den von den Ministern dargelegten Ansichten, mit 10 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Mit 11 gegen 6 Stimmen wurde hierauf ein Antrag Rivet's angenommen, welcher dem Ministerium das Recht zur Ausweisung der Prinzen verleiht, falls die Umtriebe der Prinzen die Sicherheit des Staates gefährden sollten.

— Der zwischen Frankreich und Madagaskar abgeschlossene Friedensvertrag ist nicht nach dem Herzen der französischen Chauvinisten, weil derselbe den Madagassen immerhin noch einen guten Theil Selbstständigkeit läßt. Wie das Ministerium konstatirte, war ein besserer Vertrag nicht zu erlangen, weil die Horas den französischen Truppen mehrere Niederlagen beigebracht hatten, durch welche die Operationsarmee wesentlich dezimirt wurde. Im Senat wird der Vertrag voraussichtlich eine lebhafte Diskussion hervorrufen.

Schweden und Norwegen.

Im vorigen Jahre wurde vom norwegischen Storthing eine Grundgesetzbestimmung genehmigt, wonach frühere Staatsminister und Staatsräthe ohne Rücksicht auf ihren Wohnort zum Storthing gewählt werden können. Nun sind zwei Mitglieder des gestürzten Selmer'schen Ministeriums, die Staatsräthe Helliesen und Holmboe, in Arendal und in Finnmarken gewählt worden, aber der Wahlprüfungs-Ausschuß ist der Meinung, daß Staatsräthe, die zur Amtsentsetzung verurtheilt worden sind, die erwähnte Begünstigung hinsichtlich ihres Wohnortes nicht genießen dürfen. In Folge dessen hat das Storthing am 13. d. M. beide Wahlen für ungiltig erklärt.

Großbritannien.

Der Regierung liegt gegenwärtig ein Plan zur Prüfung vor, die beschäftigungslosen Arbeiter bei den Erdarbeiten zur Befestigung der Mündungen der Themse und anderer großer Flüsse zu verwenden. — Der „St. James Gaz." zufolge ist das Gerücht von dem bevorstehenden Rücktritte Chamberlain's in Umlauf, welcher sowohl bezüglich der Politik des Kabinets in der griechischen Frage als auch hinsichtlich einiger Punkte des Gladstone'schen Programms sich mit demselben nicht im Einvernehmen befinde.

— Das Gerücht von dem Rücktritt des Minister Chamberlain ist einem neueren Telegramm zufolge unbegründet.

— In der Sitzung des Unterhauses am 19. d. Mts. sprach der Staatssekretär des Innern, Childers, sein Bedauern über die jüngsten Ruhestörungen in London aus und hob hervor, die jetzt getroffenen Maßregeln würden eine Wiederholung derartiger Vorgänge unmöglich machen. Im Uebrigen sei jetzt der Bericht der Untersuchungskommission abzuwarten, um festzustellen, wen die Verantwortlichkeit treffe. Das Haus nahm hierauf die Adreßdebatte wieder auf. Seitens der Opposition wurde die Vertagung der irischen Frage getadelt. Der Premier Gladstone wies diesen Tadel zurück und erklärte, die irische Frage werde sorgfältig geprüft, die Regierung beschäftige sich eingehend mit dieser schwierigen Aufgabe und sei entschlossen, sie so schnell wie möglich zu lösen. Das Haus verwarf mit 234 gegen 104 Stimmen das von der Regierung bekämpfte Amendement zu Gunsten der Suspendirung der Exmission von Kleinbauern in Schottland. Hierauf wurde die Adresse ohne besondere Abstimmung angenommen. Anläßlich des Antrages, den Bericht über die Adresse anzunehmen, betonte Abg. Maccarthy, bezüglich Irlands sei es absolut nothwendig, die Home-Rule-Frage vor jeder andern Frage zu lösen. Der Adreßbericht wurde sodann genehmigt. Schließlich wurde die Bill, unabhängigen Frauen das Wahlrecht zu gewähren, in zweiter Lesung ohne Abstimmung angenommen.

— Auch in den Städten an der Nordostküste herrscht großer Nothstand. In Sunderland allein sind nicht weniger als 15 000 Männer und Knaben (!) außer Arbeit, und am Tyne und Wear giebt es ca. 30 000 beschäftigtslose Arbeiter. Rechnet man hierzu die von ihnen abhängigen Familienglieder, so kann man annehmen, daß etwa 100 000 Personen sich in einer hilfsbedürftigen Lage befinden. Die Unterstützungsfonds sind zur Begegnung dieses Nothstandes durchaus unzureichend, weshalb man auch in Sunderland und anderwärts Brodkrawalle befürchtet.

— Dem Londoner Korrespondenten des „Sheffield Telegraph" zufolge wird Dilke sein Mandat als Abgeordneter niederlegen, gleichviel wozu sich seine Freunde entschließen mögen. Er hat Vorkehrungen getroffen, sich wenigstens für ein paar Jahre ins Ausland zu begeben.

Kommunales.

Erhöhung der Hundesteuer. In dem neuesten beim Hause der Abgeordneten eingegangenen Petitionsverzeichniß findet sich eine Petition des Magistrats von Berlin, welche den Erlaß eines Gesetzes fordert, wonach die Gemeinden ermächtigt werden, Hundesteuer bis zu 20 Mark für jeden an der Mutter nicht mehr saugenden Hund zu erheben.

Die mißlichen Zustände bei der Moltke-Brücke hatten seiner Zeit dem Magistrat Veranlassung gegeben, auch die Alsen-Brücke einer eingehenden Prüfung zu unterziehen. Diese Prüfung hatte ergeben, daß der Zustand des Bauwerks im Allgemeinen als ein befriedigender erachtet werden mußte, dagegen erschien die Stärke der Eisenkonstruktion nicht geeignet, die Brücke mit einem größeren untheilbaren Gewichte zu belasten als 6000 Kg. Die städtische Baudeputation beantragte daher beim königl. Polizeipräsidium, den Verkehr von untheilbaren größeren Lasten als 6000 Kg. über dieselbe zu verbieten. Das königl. Polizeipräsidium hat jetzt der städtischen Baudeputation geantwortet, daß es keine Veranlassung finden könne, den Verkehr in der bisherigen Weise über die Brücke zu beschränken, da eine Messung der Dimensionen der Eisenkonstruktion solche Stärken ergeben habe, welche rechnungsmäßig den bisher über die Brücke geführten Lasten bis zu 16 000 Kg. entsprechen, und die Brücke durch diese Transporte in keiner Weise geschädigt erscheine.

w. **Die städtische Straßen-Reinigungs-Deputation** hat dem Magistrat die Mittheilung gemacht, daß für die Fortschaffung des Schnees von den Straßen in den Monaten Dezember, Januar und Februar die Ausgabe der Summe von 162 068 M. nothwendig war. Da aber im Etat hierfür nur 125 000 M. vorgesehen sind, so ist die Etatssumme bereits um 37 068 M. überschritten. Die Straßenreinigungs-Deputation hat nun eine Nachbewilligung von 40 000 M. beantragt, welche Summe der Magistrat auch bewilligte.

w. **Brausebäder in den Gemeindeschulen.** Der Magistrat hat beschlossen, der Stadtverordneten Versammlung eine Vorlage zu machen wegen der versuchsweisen Einrichtung von Brausebädern in drei Gemeindeschulen.

w. **Ein Park auf dem Kreuzberge.** Der Baurath Hobrecht hat dem Magistrat ein Projekt zur Gestaltung des Viktoria-Parkes auf dem Kreuzberg vorgelegt, welches von dem letzteren genehmigt worden ist und der Stadtverordneten-Versammlung zur Zustimmung vorgelegt werden soll. Es ist hiernach, von der Lichterfelderstraße ausgehend, ein Fahrweg von 9 m Breite durch das Villenterrain nach der Kreuzbergstraße geplant. Das zwischen der Lichterfelderstraße und dem fiskalischen Terrain zur Parkanlage erforderliche Terrain soll im Wege der Enteignung erworben werden und der Bebauung mit Villen dienen, welche nur an den im Projekt genau bezeichneten Stellen zu stehen kommen dürfen, und für welche eine bestimmte nur mäßige Höhe eingehalten werden muß.

Nach Mittheilung des Statistischen Amts der Stadt Berlin sind bei den hiesigen Standesämtern in der Woche vom 7. Februar bis inkl. 13. Februar cr. zur Anmeldung gekommen: 185 Eheschließungen, 910 Lebendgeborene, 36 Todtgeborene, 591 Sterbefälle.

Lokales.

In Moabit befinden sich nur zwei Postanstalten, deren eine Alt-Moabit Nr. 11/12 am Gericht und die andere Thurmstraße 38 sich befindet. Letztere ist so gelegen, daß sie von der größten Zahl der hiesigen Bewohner benutzt wird. In dieser Postanstalt ist aber nur ein einziger Beamter für den Schalterdienst angestellt, welcher die Annahme sämmtlicher Brief- und Werthsendungen, Telegramme und auch den Verkauf der Werthzeichen zu besorgen hat. Da nun auch die hiesigen Bewohner recht fleißig korrespondiren, ist es natürlich, daß fast anhaltend Gedränge am Schalter ist, das Publikum vielfach sehr lange warten muß und besonders Damen sich sehr in Geduld fügen müssen. Ein zweiter kleiner Uebelstand ist der Mangel genügender Briefkästen. Schreiber dieses wohnt in der Pritzwalkerstraße. In dieser Straße ist kein einziger Briefkasten; die nächsten sind an der Ecke der Wilsnacker- und Dreyseestraße und an der Ecke der Rathenower- und Thurmstraße, also ziemlich weit. Außerdem ist aber auch auf dem ziemlich langen Wege von der Pritzwalkerstraße bis zum Bahnhofe Bellevue kein einziger Briefkasten — und nicht einmal auf dem Bahnhofe selbst! Da die Post bekanntermaßen den Wünschen des Publikums in anerkennenswerther Weise möglichst entgegenkommt, ist wohl anzunehmen, daß sie auch diesen Uebelständen abhelfen wird.

Doctores philadelphiae. Es wurde letzthin berichtet, das Gericht sei nunmehr entschlossen, gegen eine ganze Reihe von Personen wegen doloser Führung des Doktortitels einzuschreiten. Dem gegenüber kann versichert werden, daß zwar in letzter Zeit zahlreiche Anzeigen dieser Art theils bei der Staatsanwaltschaft, theils beim Kriminalkommissariat eingelaufen sind, daß aber fast in allen Fällen kein Grund zum Einschreiten vorlag, weil die Angeschuldigten sich im Besitze philadelphischer resp. überseeischer Diplome befanden. Die Führung des Doktortitels auf Grund solcher exotischer Diplome ist bekanntlich nur in dem Falle strafbar, wo ein Schaden eine Gefahr für die Oeffentlichkeit daraus erwächst, d. h. falls es sich gleichzeitig um die ärztliche Funktion handelt. Hinsichtlich des „Dr. phil." und „Dr. jur." 2c. aus Amerika kann also eine Strafverfolgung gemeinhin nicht stattfinden. Aus diesem Grunde mußten fast alle Denunzianten abschläglich beschieden werden. Es sollen übrigens allein in Berlin mehr als 3400 philadelphische Diplome existiren.

Rheumatismus bei einem neugeborenen Kinde ist vor einiger Zeit von dem Dr. med. Sch. in Pankow beobachtet worden. Am dritten Tage nach der Geburt des Kindes bemerkte die Hebeamme, daß die Fußrücken des Kindes geschwollen waren; einige Tage später zeigte sich Anschwellung an sämmtlichen Finger-Gelenken, sowie an beiden Hüftgelenken. Der herzugerufene Arzt fand das Kind regungslos liegend mit stark an den Leib gezogenen Oberschenkeln; bei einer Berührung der geschwollenen Körpertheile, sowie bei einer vorgenommenen Bewegung des Kindes durch einen Andern schrie dasselbe kläglich. Dem Arzt gelang es festzustellen, daß die Mutter des Kindes kurz vor der Geburt ebenfalls an rheumatischen Leiden erkrankt und ärztlich behandelt worden war, und zwar hatten sich rheumatische Erscheinungen an der linken Hüfte und am rechten Handgelenk gezeigt und waren von dem Handgelenk aus auf sämmtliche Finger der Hand fortgeschritten; zum Theil zeigten sich diese rheumatischen Erscheinungen bei der Mutter noch gleichzeitig mit denen des Kindes. Die übliche innere Anwendung von Salizyl mußte bei dem Kinde ausgesetzt werden, da sich bei ihm eine zu hochgradige Aufregung einstellte, unmittelbar nach dem Genuß dieser Arznei und jedenfalls in Folge derselben. Die ärztliche Behandlung mußte sich deshalb auf äußere, das Uebel beeinträchtigenden Mittel beschränken. Im Verlaufe eines Monats waren bei dem Kinde alle äußeren Spuren des Uebels geschwunden, während die Mutter erst später und sehr allmälig von ihrem gleichen Leiden befreit wurde. Der Fall hat auch in ärztlichen Kreisen das lebhafteste Interesse wachgerufen.

Ein schrecklicher Akt der Verzweiflung rief gestern in früher Morgenstunde unter den Bewohnern des Hauses Naunynstr. 65a eine große Aufregung hervor. Dort wohnte auf dem Hofe im Keller eine Wittwe W., eine Frau in den 20er Jahren, mit ihrem etwa 1½ Jahre alten Töchterchen. Aus dieser Wohnung vernahmen gegen 4 Uhr früh Hausbewohner ein starkes Stöhnen und Röcheln und da man ein Unglück vermuthete, wurde die zur Wohnung führende Thür erbrochen, nachdem man sich überzeugt hatte, daß die Thür verschlossen war. Der Anblick, der sich den zuerst Eintretenden bot, war ein geradezu herzzerreißender. Im Bette lag, leblos, die ihrer Stunde entgegen gehende Wittwe W. und neben der Leiche saß das kleine Töchterchen, welches mit seinen Händchen auf die Todte zeigte und unausgesetzt „Mama, Mama" rief. Der schleunigst herbeigerufene Inhaber der Sanitätswache in der Adalbertstraße, Herr Heise, konnte nur noch den bereits eingetretenen Tod konstatiren, welcher anscheinend durch Einnehmen von Borax herbeigeführt worden ist. Auf dem Tische lagen zwei Briefe, der eine kouvertirt und frankirt, nach Schneidemühl gerichtet, der andere offen. In dem letzteren sagte die Verstorbene, daß sie nicht mehr in der Lage sei, sich und ihr Kind zu ernähren, und daß sie auch nicht länger ihre Schande ertragen könnte. Die Personen, welche ihre Leiche finden würde, bat sie, den im Briefe namhaft gemachten Urheber herbeizurufen, damit er sehe, was er angerichtet. Die Verstorbene hatte vor Ausführung der entsetzlichen That reine Wäsche angelegt und die Kleidungsgegenstände für ihr Töchterchen herausgelegt; außerdem lagen noch 90 Pfennige auf dem Tisch — die ganze vorhandene Baarschaft. Während das Kind einstweilen bei Bewohnern des Hauses Aufnahme fand, wurde die Leiche der Frau W. später von der inzwischen von dem Vorgang in Kenntniß gesetzten Polizei nach dem Obduktionshause befördert.

Aus Kunst und Leben.

Im „Deutschen Theater" findet heute, Sonntag, die erste Wiederholung des Lustspiels „Die armen Reichen" von Hugo Lubliner statt; morgen, Montag, wird „Romeo und Julia" gegeben. Am nächsten Sonnabend, den 27. d. Mts., kommt „Der Königslieutenant" von Gutzkow mit Herrn Friedmann in der Titelrolle zur Aufführung. Es ist dies zugleich das hundertste Mal, daß Herr Friedmann überhaupt in dieser Rolle auftritt. Das Stück ist für diese Gelegenheit vollkommen neu einstudirt und in fast allen seinen Rollen neu besetzt worden. — Außerdem bringt das Repertoire dieser Woche Wiederholungen von „Die armen Reichen", „Die Lorelei" und „Das Käthchen von Heilbronn".

Der „Zigeunerbaron" macht bereits Toilette zu seinem ersten Jubiläum am Friedrich-Wilhelmstädtischen-Theater. Die 25. Vorstellung, welche aller Wahrscheinlichkeit nach zugleich das Jubiläum der 25 mal ausverkauften Häuser sein wird. Johann Strauß hat bereits das neue Finale zum 2. Akt gesandt, welches bei der 25. Vorstellung zum ersten Male gesungen werden dürfte. — Auch für den heutigen Sonntag macht die große Anzahl der Vorbestellungen es nothwendig, daß die bestellten Billets nur bis 11 Uhr Vormittags reservirt bleiben können und über die bis dahin nicht abgeholten, anderweit verfügt wird.

Im Bellealliance-Theater findet heut die letzte Sonntags-Aufführung der Operette „Die schöne Helena" statt, welche im Laufe dieser Woche durch den 3. Abend des Offenbach-Zyklus „Pariser Leben" vom Repertoir abgesetzt werden soll.

Projektirtes Repertoir der Königlichen Schauspiele vom 21. bis 28. Februar. Im Opernhause: Sonntag, den 21.: Der reisende Student, Kurmärker und Pikarde, Wiener Walzer; Montag, den 22.: Armide (Herr Niemann); Dienstag, den 23.: Flick und Flock; Mittwoch, den 24.: Der Barbier von Sevilla; Donnerstag, den 25.: Die Walküre (Herr Niemann); Freitag, den 26.: Der Trompeter von Säkkingen; Sonnabend, den 27.: 6. Sinfonie; Sonntag, den 28.: Die Meistersinger von Nürnberg. — Im Schauspielhause: Sonntag, den 21.: Faust; Montag, den 22.: Fräulein Kommerzienrath; Dienstag, den 23.: Tilli; Mittwoch, den 24.: Colberg; Donnerstag, den 25.: Die Journalisten; Freitag, den 26.: König Richard III.; Sonnabend, den 27.: Tilli; Sonntag, den 28., auf Begehren: Rosenmüller und Finke.

---

im Speisezimmer beschäftigt gewesen und stand eben im Begriffe, über die Hintertreppe hinunter zu gehen, als plötzlich von dort zu meinem nicht geringen Schrecken eine schwarzgekleidete, dicht verschleierte Frauengestalt auftauchte. Ich sah das durch die Glasthür, welche das Treppenhaus von dem herumgehenden Korridor trennt. Dieser war schon in ein tiefes Halbdunkel gehüllt. Unwillkürlich trat ich hinter die Portiere einer offenen Seitenthür, denn mir ahnte nichts Gutes; und ich wollte sehen, wo die Dame blieb. Wie ein wandelnder Schatten strich sie an mir vorüber und so den Korridor hinauf. Ich ihr nun heimlich nach! Vor des Herrn Zimmer machte sie Halt. Ich denke, sie wird klopfen — aber nein. Was thut sie! Zum Schlüsselloch bückt sie sich und lauscht. Nach einem raschen Blick hinauf und hinab, wobei sie jedoch den Schleier nicht lüftete, drückt sie leise die Klinke nieder und schlüpft in's Zimmer. Ich war im ersten Augenblick ganz starr und sprachlos. Dann aber faßte ich mich und schlich nun ebenfalls zur Thür. Daß ich da lauschte, wer will es mir verdenken! In der Weltstadt und im Hause eines reichen Bankiers wäre ein Verbrechen gegen Leben und Eigenthum unter geheimnißvollen Umständen nichts Ungewöhnliches gewesen. Jedenfalls war die Dame mit den Räumlichkeiten und Gewohnheiten hier vertraut."

„Sehr vertraut!" bestätigte der Richter mit einem Anflug von Sarkasmus. „Und was hörten Sie da?"

„Leider nichts, nur sprechen, ohne ein Wort verstehen zu können," entgegnete Jenny, „denn sie waren im nächsten Zimmer, dessen Thür offenbar geschlossen war. Es muß aber eine sehr stürmische Szene zwischen ihnen gegeben haben, das verrieth mir die Art, wie sie sprachen. Zuerst schien sie im Nachtheil gegen ihn. Ich hörte sie flehen und bitten, sogar schluchzen. Er blieb hart und antwortete mit kaltem Hohn. Dann plötzlich wurde sie heftig, dringend, drohend. Einem dumpfen Wuthschrei aus seinem Munde folgte ein gellendes Hohngelächter aus dem ihren. Eine Gänsehaut überlief mich, ich habe nie ein Weib so teuflisch lachen hören. Nach einer weiteren kurzen und heftigen Auseinandersetzung kam sie so rasch heraus, daß ich kaum Zeit fand, in eine gegenüberliegende Glasthür zu schlüpfen, die ich hinter mir zudrückte. Als ich dieselbe dann noch einmal vorsichtig öffnete, war die Fremde verschwunden und Alles wieder still."

Der Untersuchungsrichter schüttelte mit einem zweifelsvollen Lächeln den Kopf.

„Nun und dann? Gingen Sie dann hinunter?"

Jenny verneinte.

„Ich schlich mich noch einmal nach des Herrn Thür, hörte aber, so sehr ich auch lauschte, aus seinem Zimmer gar nichts mehr, keinen Laut, keinen Seufzer. Todtenstill war es darin und so im ganzen Hause. Da überkam es mich wie eine Ahnung von etwas Furchtbarem, das in dieser Stunde geschehen wäre. Es ließ mir keine Ruhe. Ich mußte sehen, was mein Herr machte. Ich fürchtete, es konnte ihm doch etwas geschehen sein. Als Stubenmädchen konnte ich ja hineingehen, ich brauchte mich darum nicht zu entschuldigen; jede beliebige Wirthschaftsfrage konnte mir zum Vorwande dienen. Ich pochte — keine Antwort. Im nächsten Augenblicke stand ich im Vorzimmer. Die zweite Thür war offen. Nur noch die Portiere trennte mich von einem vielleicht furchtbaren Anblick. Ich schlug sie vorsichtig auseinander. Alles blieb still. Mein erster Blick fiel auf den eisernen Geldschrank. Auf dem Kaminrost glühte ein Kohlenfeuer, denn es war ein feuchtkalter Septembertag und der Herr nicht wohl. Er selbst saß oder hockte vor dem Kamin in einem Sessel, ganz zusammengekauert und den Kopf in die Hand gestützt, so daß ich sein Gesicht nicht sehen konnte. Ich redete ihn an. Jetzt aber fuhr er auf als habe ihn eine Natter gestochen. „Sie sind —" schrie er und dann erkannte er mich. Herr, Du meine Güte, das Gesicht, das ich da gesehen habe, es war so bleich wie die getünchte Wand da. Ich werde seinen wilden, entsetzten Ausdruck nie vergessen. Der Herr ließ mir aber keine Zeit zu langen Grübeleien. Er wandte sich zum Fenster und fertigte mich barsch und kurz ab. Ich machte auch, daß ich wieder hinaus kam, nur froh, ihn noch am Leben zu wissen. Wir sagten im Hause immer, wenn er zankt und wüthend wird, dann geht es noch; nun, und er wurde wüthend."

(Fortsetzung folgt.)

Ueber ein Gauner-Trifolium wird geschrieben: In einem Zigarrengeschäft der Friedrichstraße wurde gestern Abend folgender raffinirte Koup ausgeführt. Etwa gegen 9 Uhr erschienen in dem betreffenden Laden drei elegant gekleidete junge Herren, von denen Nr. 1 russische Zigaretten verlangte, worauf ihm von dem Verkäufer bereitwilligst eine Auswahl vorgelegt wurde. Nr. 2 griff gleichzeitig in eine auf der Ladentafel stehende Kiste, nahm eine Hand voll Zigarren heraus und erkundigte sich nach dem Preise derselben, während Nr. 3 den echten Havanna's seine Aufmerksamkeit schenkte. Nr. 1 wählte ein Packet Zigaretten zu 60 Pf. und legte zur Bezahlung ein Zwanzigmarkstück auf die Tafel. „Ach laß doch," bemerkte jetzt N. 2, „ich werde Deine Zigaretten mit bezahlen; ich habe kleines Geld." Dies sagend legte er 1 M. auf den Tisch und bat sich noch 4 Zigarren à 10 Pf. aus. Nr. 1 war damit einverstanden, bat aber den Verkäufer, ihm das Goldstück zu wechseln. Um diesem Verlangen nachzukommen, zog der Verkäufer das Goldstück auf sich zu und öffnete gleichzeitig den Kassenschub. Ein Blick in denselben belehrte Nr. 3, daß dort noch mehr Goldstücke lagen, und nun interessirte auch er sich für die entfernter liegenden Zigaretten, dadurch die Aufmerksamkeit des Verkäufers ganz auf sich konzentrirend. Nach langem Hin und Herfragen kaufte Nr. 3 auch ein Päckchen zu 50 Pfg. und nun bat Nr. 1 um die Wechselung seines Goldstückes. Er erhielt ein Zehnmarkstück und den Rest in Silber. Der Verkäufer wollte das Zwanzigmarkstück in die Kasse legen, doch es befand sich nicht mehr auf dem Tische. Auf seine Frage nach demselben wurde ihm von Nr. 1 und 2 versichert, daß er es bereits vorhin in die Kasse gelegt habe. Diese bestimmte Versicherung, welcher auch Nr. 3 beipflichtete, beruhigte den Verkäufer, und mit dem Anstand, den sie hatten, als sie den Laden betraten, entfernten sich die Herren. Als aber der Verkäufer kurz darauf seine Kasse revidirte, entdeckte er ein Manko von 20 Mark, und er war keinen Augenblick darüber in Zweifel, daß Nr. 1 oder 2 ihm, als er mit Nr. 3 bei den Zigaretten beschäftigt war, das Goldstück eskamotirt hatte. Durch das Gelingen ihres Koups sicher gemacht, dürften die drei Gauner wohl bald irgendwo anders ein ähnliches Manöver ausführen.

Aus den Fieberkolonien. Der in den letzten Tagen erwähnte deutsche Militär-Instrukteur Emil Bilke vom Garde-Alexander Regiment, welcher am 22. Dezember v. J. in Kamerun dem Sumpffieber erlegen ist, hat einen Monat vor seinem Tode an hiesige Verwandte einen Brief gerichtet, der am 21. Dezember, dem Vorabende seines Todes, hier eingetroffen ist. Der Brief ist vom 21. November aus Bagida datirt und enthält u. A. folgende Mittheilungen: „Ich bin zunächst bis 1. April 1886 beurlaubt, hoffe aber bis dahin meine Anstellung zu erhalten. Das Gehalt beträgt 250 Mark pro Monat, muß aber auf irgend eine Weise noch erhöht werden. Ich nehme mit dem Herrn Kommissar und dem Sekretär am Tisch einer deutschen Faktorei Theil, so daß der Tisch etwas theuer wird. Ich bezahle pro Tag 8 sh = 8,02 Mark für Essen. Der Mehrbedarf beläuft sich auf zirka 70 Mark pro Monat. Wenn die Ausgaben nicht durch Gehaltserhöhung gedeckt werden, hat sich der Kommissar erboten, den Mehrbetrag zu zahlen. Wie lange ich in Afrika bleibe, läßt sich noch nicht übersehen, wahrscheinlich einige Jahre, da man es länger nicht aushalten kann, weil die Fieber doch etwas schwächen. Zwei kleine Wechselfieber, welche je einen Tag anhielten, habe ich bereits überstanden, aber dabei doch 20 Pfund Körpergewicht verloren. Bagida hat 5 Faktoreien, davon werden 2 durch deutsche, die übrigen durch Neger verwaltet. An Produkten werden hier nur Palmöl und Palmkerne, welche aus dem Innern kommen, ausgeführt. Bis ungefähr ¾ Stunden vom Strande hat man nur Sandboden, auf dem nichts wächst, dann kommt guter Lehmboden, auf dem von den Eingeborenen Mais und Wurzeln gebaut werden, welche sie drei Mal im Jahre ernten. Hühner und Enten gehören zu den täglichen Mahlzeiten, da Rindfleich selten zu haben ist und leicht verdirbt. Ziemlich alle Lebensmittel für Europäer werden aus der Heimath eingeführt." — Diese Schilderungen lauten nichts weniger als verlockend. Wenn man dort nach zweimaligem Wechselfieber schon 20 Pfund abnimmt, so bleibt wahrscheinlich nach öfterer Wiederholung dieses Fiebers von einem Normalmenschen gar nichts übrig.

Beim Besteigen eines Pferdebahnwagens trug sich am gestrigen Tage abermals einer jener oft beschriebenen Unglücksfälle zu. Ein in der Feilnerstr. 34 wohnender Kaufmann S. wollte beim Uebergang der Sieges-Allee über die Charlottenburger Chaussee einen in voller Fahrt befindlichen Pferdebahnwagen besteigen, wurde dabei zu Boden geschleudert und trug mehrere heftig blutende Kopfwunden davon. Der Verunglückte, der eine Zeit lang bewußtlos blieb, mußte mittelst einer Droschke nach der Kgl. Charité geschafft werden.

In der Gegend des benachbarten Trebbin ist im Laufe der vorigen Woche ein Raubmord verübt worden. Am 14. d. M. wurde auf dem Wege zwischen Siethen und Kerzendorf das Arbeitsbuch eines Schuhmachergesellen Maeckel aus Dahme gefunden, nach welchem dieser bis zum 5. d. M. in Luckenwalde in Arbeit gestanden hatte. Am 16. d. M. nun fand ein Arbeiter aus Siethen, welcher in die herrschaftliche Forst gegangen war, um Holz zu suchen, dort die Leiche eines Unbekannten, um dessen Hals sich ein etwa drei Dezimeter breiter Leibriemen fest umgeschnallt befand, so daß augenscheinlich eine Erdrosselung mit diesem Riemen stattgefunden hatte. Da der Fundort der Leiche in der Nähe des bezeichneten Weges und des Fundortes des Arbeitsbuches war, so drängte sich auch sofort der Verdacht auf, daß Leiche und Buch im Zusammenhange ständen. Festgestellt ist, daß Maeckel bis 5. d. M. in Luckenwalde gearbeitet hat, dann von dort fortging und in der Nacht zum 10. in Trebbin beim Schankwirth Pohl, welcher gleichzeitig als Hausvater der dortigen Verpflegungsstation vorsteht, übernachtet hat. Mit ihm waren gleichzeitig 14 Pfleglinge in derselben. Maeckel gab am Abend der Vorsicht halber sein Portemonnaie mit einigen Thalern Geld dem Pohl zur Aufbewahrung, von dem er es am anderen Morgen zurückerhielt. Beim Aushändigen desselben war der am Abend ebenfalls bei Pohl eingetroffene, mittellose Schlächtergeselle Micke aus Kamenz zugegen, der bei Ansicht des Geldes zu Pohl äußerte: „Geben Sie mir nur das Geld, dann bleibe ich noch einen Tag, und wir machen's uns vergnügt." Als Maeckel bald darauf die Pohl'sche Wirthschaft verließ, war auch Micke verschwunden und ist bisher nicht wieder gesehen worden. Anscheinend ist Maeckel bereits am 10. oder 11. ermordet worden. Die gerichtliche Obduktion der Leiche hat gestern früh in Siethen stattgefunden und unzweifelhaft ergeben, daß der Tod durch Erstickung stattgefunden, und daß diese durch gewaltsames Zuschnüren der Luftröhre herbeigeführt ist. Die Untersuchung beim Landgericht Potsdam ist in vollem Gange.

Eine polnische Zeitung in Berlin. In letzter Zeit wurde, wie bereits mitgetheilt, von den polnischen Zeitungen mehrfach das Projekt des Erscheinens einer polnischen Zeitung in Berlin ventilirt, wobei die Ansichten darüber divergirten, ob diese Zeitung in polnischer oder in deutscher Sprache erscheinen solle. Diese Angelegenheit ist nun von dem in Berlin seit einigen Jahren wohnhaften Dr. Robinski dahin erledigt worden, daß derselbe vom 1. April d. J. ab die Zeitung unter dem Titel „Nowy Dziennik" (Neues Tageblatt) herausgeben wird; es wird danach also diese Zeitung in polnischer Sprache abgefaßt sein. Da in Berlin ca. 30 000 Polen leben, so wird es der Zeitung an einem Leserkreise unzweifelhaft nicht fehlen.

Als ein Bote des nahen Frühjahr wurde uns von einem unserer Abonnenten gestern ein jetzt eingefangener Schmetterling (Kohlweißling) übersandt. Derselbe befindet sich im besten Wohlsein. Hoffentlich wird die noch herrschende Kälte ihm keinen Schaden zufügen.

Ein trichinöses Wildschwein ist vor einigen Tagen in der Forst von Oranienburg erlegt worden und sollte in der üblichen Weise an einen Wildhändler zum Verkauf übergeben, als durch eine ganz zufällige Untersuchung desselben seine trichinöse Beschaffenheit festgestellt wurde. Mag die Gefahr in solchem Falle auch minder groß sein, da das Fleisch von wilden Schweinen wohl kaum noch genossen wird, und die Trichinen durch ein gründliches Kochen des Fleisches getödtet und unschädlich werden, so hat der Fall doch die Aufmerksamkeit der Sanitäts-Polizei-Behörde erregt und die Frage nahe gelegt, ob es nicht nöthig sei, die Untersuchung auf Trichinen auch für Wildschweine anzuordnen. Der hier festgestellte Fall ist übrigens der erste seiner Art. Daß außer dem Schwein auch Ratten und Kaninchen von Trichinen heimgesucht werden können, war bereits bekannt, vom Wildschwein war diese Thatsache bisher nicht konstatirt, obwohl ihre Möglichkeit nahe lag.

Vereine und Versammlungen.

Weißensee, den 17. Februar. Gestern Abend hielt Herr Reichstagsabgeordneter Heine im Saale des Herrn Unglaube vor einer sehr zahlreichen Versammlung einen Vortrag über das Branntweinmonopol. Nachdem der Redner in 1½stündigen Rede ausgeführt, wie das heutige Steuersystem des Deutschen Reiches sich entwickelt, wie die Matrikularbeiträge der einzelnen Staaten immer mehr durch indirekte Steuern ersetzt seien und aus diesen die Monopole herauswachsen zu wollen scheinen, ging er auf das Wesen des Branntweinmonopols näher ein und kam zu dem Schluß, daß dasselbe sowohl wegen unerträglicher Mehrbelastung der arbeitenden Klasse als auch wegen Schädigung des Geschäftes der davon betroffenen Mittelklassen unseres Volkes unannehmbar sei. Die Versammlung erklärte sich mit allen gegen eine Stimme mit den Ausführungen des Redners einverstanden. Ein opponirender konservativer Gegner, welcher für das Branntweinmonopol einzutreten versuchte, führte seine Gründe nur theilweise aus, denn die Physiognomie der Versammlung zeigte ihm, wie wenig Gegenliebe er zu erwarten hatte. Die Versammlung ging dann zur Berathung der örtlichen Organisation über.

Nationale Kranken- u. Begräbnißkasse der deutschen Gold- und Silberarbeiter und verw. Berufsgenossen. (E. G. Hauptsitz Gmünd, Württemberg.) Montag, den 22. Februar, im Saale der Schultheiß'schen Brauerei, Neue Jakobstr. 24 und 25, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Rechenschaftsbericht, Kassenbericht, Wahl der Beamten, Verschiedenes. Minderjährige haben keinen Zutritt.

* **Fachverein Berliner Kürschner** und Berufsgenossen. Montag, den 22. Februar, Versammlung in Seefelds Restaurant, Grenadierstr. 33. Vortrag: Die Lohnverhältnisse in der Pelzbranche. Referent Herr Schmidt.

Todes-Anzeige.

Gestern Nachmittag 2 Uhr starb nach kurzem Krankenlager unser lieber Kollege, der Schriftsetzer

Wenzel Baumann

im noch nicht vollendeten 41. Lebensjahre.

Die Setzer des „Berliner Volksblatt".

Zeit und Ort der Beerdigung wird in nächster Nummer d. Bl. bekannt gemacht werden.

Achtung! H. F. Dinstage, Kottbuserstraße 4, Hof part. Kein Laden, nur eigene Fabrikation. 25 Zigarren 1 Mark. Garantie rein amerikanischer Tabak. Rippentabak 2 Pfd. 70 Pfg. 348

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich in der **Waldemarstrasse 61** (Ecke des Mariannen-Platz), ein **Weiß- und Bairisch-Bier-Lokal** eröffnet habe. Ferner empfehle meinen ausgezeichneten Frühstück-, Mittag- u. Abendtisch. 720] Achtungsvoll **Carl Pfister.**

Allen meinen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich Langestraße Nr. 9 ein **Restaurant** übernommen habe und bitte mich in meinem Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen. 705 Achtungsvoll **H. Koch.**

Neu Admiralstr. 38 **G. Sodtke.** Neu Admiralstr. 38
Kräftige Bouillon von 10 Uhr ab à 15 Pf. Mittagstisch (Hausmannskost) à 50 Pf. mit Bier. Abendtisch nach Belieben. Billig und kräftig. [347

Wo speisen Sie? In der alten Pommerschen Küche b. Klein, jetzt Oranienstr. 181, Hof r. Gediegenen Mittagstisch m. Bier 50 Pf. Abendtisch in gr. Auswahl v. 30 Pf. an. Angenehmer Aufenthalt mit Billard.

Prinzenstr. 53.

Prinzenstr. 53.

[43]

Masken-Garderobe
F. Stenzel,
Nr. 21, Dresdener-Straße Nr. 21.
Elegante Kostüme zu den solidesten Preisen. 745] Vereine Ermäßigung.

Roh-Tabak.
Größte Auswahl sämmtlicher in- und ausländischer Sorten, sowie guten [546
Sumatra-Schnitt
zu billigsten Preisen
Brunnenstraße 141|142,
Heinrich Franck.

Elegante **Masken-Garderobe**
C. Tietz, Dresdenerstraße 37.
Geschmackvolle Kostüme von 1 bis 30 Mark. Vereine besondere Begünstigungen.

Die am 31. Dezember vom **Brand** leicht beschädigt. Herren-Garderoben werden fortgef. enorm billig ausverkauft. Winter- u. Sommer-Paletots 5 Mark. Beinkleider von 3 Mark, Einsegnungs-Anzüge 10 Mark 2c. [605
L. Prinz,
Prinzenstr. 41, neben Rudolf Mosse.
Verkaufsstelle: Flur rechts.

Fleißige gewandte Leute finden als Akquisiteure **lohnende Beschäftigung** bei unserer Arbeiterversicherung. Meldungen im Bureau der Friedrich-Wilhelm-Gesellschaft, Mauerstr. 63—65, parterre. [763

Ziehung in Berlin am 24., 25., 26. Februar 1886.
Staatlich concessionirte Deutsche Kunstgewerbe-Lotterie.
5000 Gewinne im Gesammtwerthe von
62,900 Mark.
Loose à 1 Mark, 11 Loose 10 Mark
sind zu beziehen durch den General-Debit von
R. Schumacher, Berlin C., Königstr. 14a.
Wiederverkäufer erhalten beste Bedingungen.
Ausstellung der Gewinne Leipzigerstr. 107, Hof part.
Jedes Loos berechtigt zum freien Eintritt.

Die von Mitgliedern des Fachvereins der Schneider gegründete
Produktiv- u. Rohstoffgenossenschaft der Schneider zu Berlin (E. G.)
No. 30. Zimmer-Strasse No. 30.
empfiehlt ihr Lager fertiger Herren-Garderobe, sowie ihr reichhaltiges Lager in- und ausländischer Stoffe, ebenfalls Futter, Borte und Knöpfe.
Herren-Garderoben
jeder Art werden nach Maaß angefertigt.
Reelle Arbeit. — Dauerhafte Stoffe. — Feste Preise.
Der Vorstand und Verwaltungsrath.

Cigarren- u. Tabak-Handlung
en gros en détail
Fritz Goercki
Berlin SO., Admiralstraße 40 (frühere „Linde").
Import echter Havanna, Lager aller Sorten Rauch- und Schnupf-Tabake.
Reich assortirtes Lager echt türkischer, russischer und amerikanischer Cigaretten u. Tabake. Echt Nordhäuser Kautabake. [268

Perl-Mocca-Kaffee, pr. Pfd. 55 Pf., derselbe gebrannt pr. Pfd. 70 Pf.
Kaffee-Lagerei O. E. Arndt & Co., 104 Köpnickerstraße 104, Ecke der Neanderstraße.

Verantwortlicher Redakteur R. Cronheim in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Beuthstraße 2. Hierzu eine Beilage.

Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr. 44. Sonntag, den 21. Februar 1886. III. Jahrg.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

51. Sitzung vom 20. Februar, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: von Boetticher, von Stephan, von Bronsart, v. Caprivi.

In erster und zweiter Berathung werden die Zusatzabkommen zum Weltpostvertrage und das Uebereinkommen, betr. den Postauftragsdienst nebst den Schlußprotokollen, ohne Diskussion genehmigt.

Darauf steht die Vorlage, betr. die Herstellung des Nord-Ostsee Kanals, zur zweiten Berathung. Die Kommission hat sie unverändert genehmigt, nur in § 3 an Stelle des vom Kaiser im Einvernehmen mit dem Bundesrath festzustellenden Tarifs die gesetzliche Regelung desselben vorgeschlagen.

§ 1 lautet: „Es wird ein für die Benutzung durch die deutsche Kriegsflotte geeigneter Seeschifffahrtskanal von der Elbmündung über Rendsburg nach der Kieler Bucht unter der Voraussetzung hergestellt, daß Preußen zu den auf 156 000 000 Mark veranschlagten Gesammtherstellungskosten desselben den Betrag von 50 000 000 M. im Voraus gewährt."

Abg. Graf Behr (R.-P.) fragt, wie die Bestimmung zu verstehen ist, daß Preußen zu den Gesammtkosten den Betrag von 50 Mill. Mark im Voraus gewährt. Hat es diesen Betrag vorweg und zwar zunächst zur Bestreitung der Baukosten herzugeben, oder sollen die letzteren vom Reiche und von Preußen antheilig gleichzeitig hergegeben werden? Es ist dies doch in Rücksicht auf die Zinsen bei einer 8jährigen Bauzeit von Wichtigkeit. Ferner: ist gemeint, daß Preußen diese 50 Millionen Mark zahlen soll von vornherein, auch wenn die Gesammtkosten, wie man vielfach annimmt, die Summe von 156 Mill. Mark nicht erreichen sollten? Es wäre doch billig, daß die Kosten antheilig aufgebracht würden. Der Redner hofft auf eine zustimmende Antwort vom Tisch des Bundesrathes, eventuell würde er deshalb in dritter Lesung einen Antrag bringen.

Staatssekretär v. Boetticher: In Bezug auf die Frage, ob Preußen nach dem Wortlaut des § 1 gehalten ist, die von ihm zu übernehmenden 50 Mill. Mark auf einem Brett bei Beginn des Baues resp. vorher zu zahlen, bevor das Reich überhaupt Kosten auf die Herstellung des Kanals aufwendet, so trifft § 1 eine ausreichende Bestimmung darüber nicht. Ich nehme aber keinen Anstand zu erklären, daß in dieser Beziehung die Leistungen des Reiches und Preußens pari passu gehen werden, bezw. daß ein Arrangement getroffen werden wird, welches Preußen nicht in dem Sinne belastet, wie es der Vorredner als möglich hingestellt hat und befürchtet. Ich glaube, das Arrangement wird sich darauf richten, daß die preußische Leistung auf die Baujahre vertheilt wird, daß also nicht eine Leistung von 50 Millionen Mark auf einem Brett gefordert werden wird. Was die zweite Frage anlangt, so kann ich ihn nicht in gleichem Maße beruhigen. Der Wortlaut geht dahin, daß Preußen zu den 156 Millionen Mark Gesammtherstellungskosten den Betrag von 50 Millionen Mark im Voraus gewährt. Daraus ergiebt sich, daß die 156 Millionen Mark nur eine veranschlagte Summe, dagegen die 50 Millionen Mark ein Fixum sind. Es ist also nach dem Wortlaut nicht die Absicht, daß Preußen bei etwa eintretenden Ersparnissen pro rata seiner Betheiligung an den Bauten Vortheil zieht. Preußen wird selbstverständlich, soweit es an der Reichsquote, also an den restirenden 106 Millionen Mark partizipirt, wie die anderen Bundesstaaten, Ersparnißvortheile genießen. Dagegen sind diese 50 Millionen Mark ein Fixum, welches von Preußen im Voraus gezahlt wird, ohne daß etwaige Ersparnisse auf dasselbe einen Einfluß äußern.

Abg. Behm (Rostock, Hospitant der deutschfr. Partei): Wie allen Schiffern bekannt, ist die Hamburger Bucht ein durchaus nicht ungefährliches Wasser und es kommen dort besonders in der Nähe von Kuxhaven vor dem Ausfluß der Elbe in die Nordsee in Folge des dortigen mächtigen Schiffsverkehrs und der Enge des Fahrwassers zahlreiche Unfälle, namentlich Kollisionen vor. In jedem Bericht des kaiserl. statistischen Amtes ist zu lesen, daß die meisten Schiffsunfälle im ganzen deutschen Küstengebiet im Elbrevier, an der Küste, in den Umgebungen der Elbmündung und auf der Elbe selbst, soweit sie zum Seeschiffsverkehr dient, vorkommen und wird auf den regen Verkehr als Ursache der zahlreichen Kollisionen bei Kuxhaven hingewiesen. Die verbündeten Regierungen rechnen darauf, daß ca. 18 000 Schiffe den Kanal passiren werden; ich glaube, daß diese Rechnung noch etwas niedrig gestellt ist, da erfahrungsmäßig die Herstellung neuer Verkehrsmittel den Verkehr selbst oft in unglaublicher Weise hebt, wie das Beispiel des Suezkanals beweist. Aber ich will nicht prophezeien und an der Ziffer der Regierung festhalten; jedenfalls werden die meisten dieser 18 000 Schiffe von der Nordsee kommen oder nach der Nordsee gehen, und daher fast alle die gefährlichen Stellen bei Kuxhaven passiren; mit der Steigerung des Schiffsverkehrs wird dort also die Kollisionsgefahr wachsen, wenn ihr nicht durch Erweiterung des gefährlichen Fahrwassers auf der Elbe vorgebeugt wird. Auf eine Anfrage des Abg. Stiller in der Kommission erwiderte der Staatssekretär des Innern, „daß von Seiten der hamburgischen Regierung stets hinreichend für Verbesserungen des Fahrwassers der Elbe Sorge getragen sei, daß Hamburg selbst das größte Interesse daran habe, es stets in gutem Zustand zu erhalten, und daß von hamburgischer Seite gar keine Bedenken gehegt werden, daß das Fahrwasser in der Elbmündung durch die vermehrte Frequenz zu sehr belastet werde." Es scheint also, als ob man die Sorge hierfür Hamburg überlassen will. Wie ich mich bei einem Aufenthalt in Hamburg vor einiger Zeit überzeugte, ist dort die Stimmung in dieser Beziehung sehr verschieden; in manchen Kreisen meint man eben, daß, wenn der Kanal fertig sei, nicht Hamburg allein für die Korrektur und Erweiterung des Fahrwassers zu sorgen habe, sondern, da ja dann zahlreiche Schiffe vom Kanal nach der Nordsee und umgekehrt die Elbe passiren, namentlich auch die deutschen Kriegsschiffe, so würde Hamburg einen Zuschuß von Seiten des Reiches resp. Preußens erwarten müssen. Ich will die Berechtigung dieser Ansicht hier nicht prüfen, aber sie existirt und darum halte ich es für meine Pflicht, die Sache hier noch einmal zur Sprache zu bringen, damit nicht etwa, wenn der Kanal fertig wird, das Fahrwasser der Elbe nicht erweitert und verbessert ist, damit nicht das geschieht, was die Nautiker in meiner Heimath schon jetzt befürchten, daß der Kanal durch eine Unzahl von Schiffsunfällen auf der Elbe inaugurirt werde, daß der „Kirchhof der Schiffe", als welcher jetzt Kap Skagen bezeichnet wird, künftig nach Fertigstellung des Kanals herunter in die Hamburger Bucht verlegt werde. Als alter, eifriger, beinahe enthusiastischer Anhänger des Kanals möchte ich um Alles in der Welt diese Gefahr beseitigt sehen. (Beifall links.)

Abg. v. Schalscha (Zentrum): Was mich veranlaßt, das Wort zu ergreifen, das sind die sekundären Folgen, welche der Kanalbau herbeiführen muß, nicht etwa ein Widerstand gegen die Sache selbst, wie denn überhaupt Keiner ernstlich seine Hand gegen den Kanal ausstreckt. Nach den Motiven hofft man, durch den Kanal gegen die Kohle aus England und Schottland mit Erfolg zu konkurriren, aber man hat nicht daran gedacht, daß im Südosten des Reichs auch treue Herzen schlagen, welche sich vergeblich bemüht haben, die englische Konkurrenz in den Ostseehäfen zu beseitigen. Ich habe besonders die oberschlesischen Industriebezirke im Auge. Dieses totale Ignoriren oder lakonische Uebergehen des Gedankens, daß die Vortheile des einen Theiles dem anderen Nachtheile bringen könne, hat mich schmerzlich berührt. Gelingt es, die englische Konkurrenz in den Ostseehäfen zu beseitigen, so erreicht Westfalen die Vortheile, welche Oberschlesien vergeblich erstrebte. Es handelt sich aber nicht nur um Kohlen, sondern auch um Eisen und Eisenfabrikate, überhaupt um alle Materialien, welche durch eine Eisenbahnverfrachtung wesentlich vertheuert und in der Konkurrenz dem Industriebezirk gegenüber außerordentlich benachtheiligt werden, dem ausgedehnte Wasserstraßen zu Gebote stehen. Hinzu kommt, daß Preußen einen Präzipualbeitrag von fünfzig Millionen Mark zu tragen hat, weil es ganz besondere Vortheile aus dem Bau habe, da ihm die Instandsetzung des Eiderkanals erlassen bleiben würde. Vortheile haben die anderen Uferstaaten auch, Lübeck vielleicht ausgenommen, warum bleiben diese aus mit ihren Beiträgen? In fiskalischen Verhältnissen ist man doch nicht gewohnt, Nobiesse zu üben oder zu finden. Preußen soll also Vortheile haben. Für Oberschlesien stellt sich die Sache gerade so, als wenn Jemand zu einem Begräbnißverein Beiträge leistet (Heiterkeit), es ist gegen die übrigen Theile des Reiches sehr ungünstig gestellt. Alle diese Umstände lassen es mir zeitgemäß erscheinen, hier ein Wort für Oberschlesien zu erwähnen und zu bitten, daß die verbündeten Regierungen bei dem Einzelstaate Preußen ihren Einfluß geltend machen, daß die Vortheile, welche mit dem Kanal zweifellos verbunden sind, sich für Oberschlesien nicht in tödtliche Nachtheile verwandeln. Deshalb bitte ich, daß in Kosel eine ausgiebige Umladestelle und ein Hafen hergerichtet wird, daß der seit Jahren fertige Hafen in Oppeln, der noch immer keine Schienenstrangverbindung hat, eine solche erhält, daß dies auch bei der Umladestelle in Pöpelwitz, wo ein Landtransport von 100 Fuß lediglich von Menschenhänden bewerkstelligt werden muß, geschieht, und daß die Tarife heruntergesetzt werden. Ich spreche zum Schluß noch die Bitte aus, daß diese Einrichtungen, die ich gewünscht habe, fertig gestellt werden, ehe der Nord-Ostsee Kanal dem öffentlichen Verkehr übergeben wird, sonst würde es für Oberschlesien ungeheuer schwer werden, etwa durch unbillige Zeiteintheilung beim Bau verlorene Absatzgebiete wiederzuerobern.

Abg. Feustel (nat.-lib): Diese Vorlage erweckt in weiten Kreisen der nationalen Arbeit Aufmerksamkeit und Würdigung. Der Bericht führt schon den Gedanken aus, daß bei der Ausführung des Kanals deutsche Arbeiter zu beschäftigen sind. Es handelt sich aber auch um die zur Arbeit nöthigen Rohstoffe. Da nach dem Bericht eine sehr solide und starke Uferdeckung nöthig sein wird, um die Wirkung der Wellenbewegungen abzuschwächen, so muß auch das beste Material, Granit, dazu genommen werden. Lieferungen vom Fichtelgebirge und aus anderen Gebirgsgegenden haben ihre Konkurrenzfähigkeit bewiesen, wie z. B. zum Bau des Reichstagsgebäudes, es kann sich also nur um Frachtverhältnisse handeln, denn die Erzeugung an Ort und Stelle kann nirgends billiger bewirkt werden. Da lassen sich gewiß für solche Ausnahmebauten auch Ausnahmefrachtzüge organisiren, die die Fracht vermindern.

Staatssekretär im Reichsamt des Innern v. Boetticher: Ich bin sehr gern bereit, die bei anderen Gelegenheiten bereits gegebene Erklärung zu wiederholen, daß auch bei diesem Bau Bedacht genommen werden wird, die Interessen der vaterländischen Industrie und Arbeit, so weit irgend möglich, zu berücksichtigen, und daß diese auch bei Vergebung der Arbeit den Ausschlag geben werden. Die Regierung hat diesen Standpunkt auch früher konstant eingenommen, z. B. beim Reichstagsbau. Selbstverständlich kann ich damit dem Vorredner nicht versichern, daß der von ihm vertretene Kreis vorzugsweise berücksichtigt werden wird. Auch in anderen Theilen Deutschlands wird gutes und brauchbares Material gefunden und sorgfältig bearbeitet. Was die Ausführungen des Herrn von Schalscha angeht, so habe ich mich schon in der Kommission mit ihm darüber unterhalten, und glaubte schon, es wäre mir gelungen, seine Befürchtungen für die oberschlesische Kohle zu zerstreuen. Wenn Herr v. Schalscha betrübt darüber ist, daß die Lage Oberschlesiens vollständig ignorirt zu sein scheint, so kann ich ihn darüber beruhigen, daß, wenn diese Berücksichtigung in der Begründung eine ausdrückliche Erwähnung nicht gefunden hat, so ist doch die mögliche Verschiebung in den Absatzverhältnissen innerhalb der deutschen Industriegebiete im Kreise der verbündeten Regierungen nicht unbeachtet geblieben. Die Wünsche des Abg. v. Schalscha bezüglich der Beruhigung Oberschlesiens bin ich gern bereit, dem preußischen Herrn Minister für die öffentlichen Arbeiten ans Herz zu legen. Ich glaube aber, daß man Oberschlesien auf einem anderen Gebiete helfen muß durch Schaffung besserer Absatzwege zu Wasser, und in dieser Beziehung würden voraussichtlich noch in dieser Session die Früchte der Erwägung der preußischen Regierung erscheinen. Der Abg. Behm hat die Befürchtung ausgesprochen, daß vielleicht durch die vermehrte Schifffahrtsfrequenz an der Elbmündung eine erhöhte Gefahr erstehen möchte. Es ist ja Herrn Behm selbst nicht entgangen, daß Hamburg bisher das Elbfahrwasser unterhalten und in einem den Bedürfnissen vollständig entsprechenden Maße für den ungehinderten Verkehr auf der Unter-Elbe Sorge getragen hat. Es liegt nicht der mindeste Grund zu der Befürchtung vor, daß Hamburg, welches selber das allerdringendste Interesse daran hat, den freien Verkehr auf der Elbe aufrecht erhalten zu sehen, diese von ihm übernommene Verpflichtung in Zukunft nicht tragen werde. Bisher ist auch ein Wunsch Hamburgs, von Seiten Preußens oder des Reiches unterstützt zu sein, nicht hervorgetreten, eine Verpflichtung der letzteren zu der Unterstützung liegt nicht vor, auch würde die Unterhaltung eventuell

Berliner Sonntagsplauderei.

R. C. „Ueber allen Wipfeln ist Ruh," — in der Kommission ruht das Sozialistengesetz, des Kampfes Stürme schweigen. Der Handel ist abgeschlossen, es unterliegt wohl keinem Zweifel, in welcher Form das der arbeitenden Bevölkerung nun schon fast zur zweiten Natur gewordene Gesetz das Licht der Welt wieder erblicken wird.

Ob jemals überhaupt der Tag anbrechen wird, an welchem sich der Arbeiter wieder als freier Mensch unter freien Menschen fühlen wird? Vorläufig ist die Zeit trübe und düster, und das Morgenroth einer besseren Zeit ist in unabsehbare, nebelhafte Ferne gerückt. Sollen wir uns in Klagen ergehen? Es ziemt den Männern schlecht; man schweigt und duldet, und wem die Last zu schwer wird, der bricht zusammen; vielleicht tritt ein Anderer an die leere Stelle, vielleicht bleibt die Lücke unausgefüllt. Doch das Rad der Zeiten rollt unaufhaltsam vorwärts, es giebt auf der Welt nichts, was dem fortschreitenden Zeitgeist auf die Dauer Widerstand bieten könnte; einstmals wird das Geschick der Menschheit ein anderes sein, und eine glückliche Nachwelt wird mit Staunen und Verwunderung auf die Kämpfe der Väter blicken, welche dazu nöthig waren, die Weltgeschichte in bessere, edlere Bahnen zu lenken. Die Gewalt dieses Gedankens, die unauslöschliche Hoffnung auf ein freies, idealeres Dasein giebt dem Menschengeschlecht die Kraft, augenblickliche Unzuträglichkeiten zu überwinden; das Streben nach einer weisen, allgemeinen Freiheit, welches von Uranfang im Menschenherzen lebte, erhebt uns über jegliche Bedrückungen und Chikanen.

Darum darf man niemals verzagen; im Unglück allein offenbart sich die Seelengröße des Einzelnen wie die eines ganzen Volkes und der Menschheit überhaupt. Der bestimmte Läuterungsprozeß vollzieht sich mit unabwendbarer Folgerichtigkeit, die schönsten Reden halten ihn nicht auf, und jemehr die Wahrheit mit ihren leuchtenden Strahlen sich Bahn bricht, jemehr wirkliche Ueberzeugung und Erkenntniß uns Alle umfaßt, desto näher werden wir dem Endziele unserer Bestrebungen sein, der Freiheit und Gerechtigkeit.

In diesem Sinne wird das arbeitende Volk niemals aufhören, für seine große und herrliche Sache zu kämpfen, zu wirken und zu leiden. Wer kann ihm diese Gedanken aus dem Herzen reißen? Mit einem Gefühl der Ohnmacht muß der Einzelne seine Schwäche erkennen; es giebt Niemanden auf der Welt, der den lebendigen Gedanken tödten kann, und wo der Geist mit allgewaltiger Kraft sich Bahn gebrochen hat, da fallen die äußeren Schranken, sie zerschellen wie die Wogen an der Felsenküste. Daran soll man immer und immer denken, nur die Erkenntniß und die Bildung, die Schulung der Geister macht nur frei, glücklich und mächtig.

Deshalb ist ein Ungemach niemals allzugroß. Das Unglück hat die Macht, die Menschen enger an einander zu schließen; kleinlicher Hader, der sonst die besten Kräfte zerstört hätte, verschwindet, er muß den großen, allgemeinen Zielen weichen; die Menschen werden im Unglück besser. Das Gefühl, gemeinschaftlich eine Last tragen zu müssen, verdoppelt die Kräfte des Einzelnen, und das durch widrige Umstände gestählte Herz ist zäh und widerstandsfähig. Bei einer Enttäuschung, die uns mit vernichtender Gewalt trifft, vergessen wir nebensächliche Bitterkeiten; unser Streben und Trachten richtet sich nur auf die höchsten Ziele des Lebens. Ein gemeinsames Unglück hat für diejenigen, welche davon betroffen werden, das Erhebende, daß sich Alle gleichsam als Glieder einer einzigen großen, zusammengehörenden Familie betrachten und fühlen, und daß sie mit vereinten Kräften dazu berufen sind, alles Ungemach gemeinschaftlich entweder zu tragen oder abzuwehren.

Das ist die Lehre, welche die Arbeiterschaft aus den Ereignissen der jüngst vergangenen Tage zu ziehen hat. Die Zeiten sind schwer, wie man zu sagen pflegt, und zu allem Ueberfluß werden sie noch schwerer gemacht. Die für die Entwickelung der werkthätigen Bevölkerung so nothwendige Freiheit existirt kaum noch, dafür aber brennt die Sehnsucht im Herzen des Volkes um so feuriger nach diesem Gut, welches der Mensch von Rechtswegen als selbstverständliches Eigenthum mit auf die Welt bringen sollte. Einst wird auch der Arbeiter die Freiheit wieder haben, es wird nicht möglich sein, ihn immer in Unterdrückung zu erhalten. Möge sie ihm dann diejenigen Früchte tragen, die er so heiß ersehnt, und möge er dann das Glück finden, welches ihm unter den heutigen Zuständen versagt ist.

Aus Kunst und Leben.

Allen Unterhaltungsbedürftigen ist das Kaiser-Panorama — Passage — mit seinen interessanten „Optischen Reisen" zu empfehlen. Es ist in der That nicht zu viel behauptet, wenn gesagt wird, daß, wenn der Besuch dieses Kunstinstituts mit gehöriger Muse vorgenommen wird, uns vollständig die Belehrung einer großen Reise gewährt. Die Landschafts-Szenerien u. s. w. erscheinen so vollendet naturwahr und wunderbar plastisch, daß man die greifbare Wirklichkeit vor sich zu haben glaubt.

Eine Säbel-Affäre hat sich vor Kurzem in Pest abgespielt. Eines Abends begegneten in der Ofner (Wasserstädter) Hauptgasse drei Arbeiter der Ganz'schen Fabrik einem k. k. Lieutenant eines in Ofen garnisonirenden Infanterie-Regiments. Einer der Arbeiter streifte hierbei zufällig den Offizier am Arm. Der Offizier, in der Meinung, daß dies absichtlich geschehen sei, nannte den Arbeiter einen Lümmel und drohte ihm, mit dem Säbel den Schädel einzuschlagen. Der Apostrophirte blieb die Antwort nicht schuldig, verlachte übrigens die Drohung des Offiziers und entwand diesem, als er wirklich mit dem Säbel auf ihn eindrang, mit leichter Mühe die Waffe. Der lärmende Vorfall hatte zahlreiche Passanten herbeigelockt, unter welchen sich auch ein höhergestellter Beamter befand. Dieser redete dem Arbeiter zu, den Säbel dem Offizier zurückzustellen. Der Arbeiter that dies auch, mußte aber schleunigst retiriren, da der Offizier neuerdings mit hochgeschwungener Waffe auf ihn eindrang. In diesem Moment kam der Polizei-Kontroleur Balogh daher, welcher den Offizier aufforderte, sich ruhig zu verhalten, und als diese Mahnung nichts fruchtete, ihn arretirte und der Hauptwache in der Hasenkaserne übergab. Die Angelegenheit bildete sowohl bei der Militärbehörde als auch bei der Ober-Stadthauptmannschaft den Gegenstand eingehender Untersuchungen. Gegen den Offizier wurde das ehrenräthliche Verfahren eingeleitet. Dasselbe fiel für ihn ungünstig aus, denn er wurde vom Offiziers-Ehrenrathe seiner Charge für verlustig erklärt und mußte aus dem Armeeverbande treten.

den adjazirenden Staaten obliegen, also außer Hamburg nur Preußen. Diese Sorge braucht uns also nicht zu erfüllen; ein Anspruch ist nicht erhoben und nicht der mindeste Grund ist vorhanden, anzunehmen, daß Hamburg das Fahrwasser der Elbe ferner nicht offen halten werde.

Abg. Papellier (deuschfreis.): Der Nord-Ostsee-Kanal ist uns Bayern ein alter Bekannter: in unserer Heimath erscholl im Jahre 1863 zu allererst der Ruf „Schleswig-Holstein los von Dänemark!" In meiner Vaterstadt wurde der erste schleswig-holsteinische Verein zur Verwirklichung dieses nationalen Programms organisirt, und in den dort gehaltenen Vorträgen wurde oft genug das Thema „Nord-Ostsee-Kanal" besprochen. Selbstverständlich stehen wir Bayern heute mit derselben Begeisterung für das Projekt ein, wie damals. Wir dürfen aber auch wohl auf einige Gegenliebe hoffen, und diese möchten wir dadurch beweisen sehen, daß uns vergönnt wird, zur Sicherung des Kanals, zur Schönheit seiner Bauten beizutragen. Unsere Steine sind die besten. (Heiterkeit.) Allein hier in Berlin geben sechszehn große monumentale Bauten Zeugniß von der Richtigkeit dieser Behauptung; namentlich die Siegessäule, die Reichsbank, das Reichspostgebäude und das Reichstagsgebäude. Es ist der Mühe werth, Ihre Augen auf den herrlichen, hier verwendeten Syennit und Porphyr zu lenken. Wenn die Preise nicht allzusehr gedrückt werden, halte ich den Sieg unserer Steine für diesen Kanal, bei dem ja Festigkeit am wichtigsten ist, für gesichert.

Abg. Brömel (dtschfreis.): Ich hatte erwartet, in dieser Debatte lediglich nationale Gesichtspunkte hervorheben zu hören; statt dessen werden in der That durchaus nur lokale Interessen geltend gemacht, und zwar am meisten von den Herren der „nationalen Wirthschaftpolitik"; obgleich es sich heute um eine eminent nationale Frage handelt. (Sehr richtig! links.) Wir haben hier vom Kampf der schlesischen mit der rheinischen Kohle gehört; der Antrag des Grafen Behr (siehe unten) verlangt sogar eine Superdividende für den preußischen Staat. Da habe ich recht gesehen, daß gerade meine politischen Freunde bei aller nüchternen Kritik, mit der sie an die Vorlage herangetreten sind, doch die ehrlichsten Freunde des ganzen Projekts sind. Wir haben es uns völlig versagt, auf irgend welche Spezialinteressen einzugehen; wir haben uns vielmehr völlig auf dem Boden gestellt, auf welchem die Reichsregierung bei Einbringung der Vorlage und während der Kommissionsberathung gestanden hat. Es konnte allerdings in der Kommission uns nicht genügende Auskunft darüber gegeben werden, wie sich in Zukunft die Kanalverwaltung in finanzieller Hinsicht stellen würde; ja es ist sogar nach den Erklärungen der Regierungsvertreters wahrscheinlich, daß für die Sicherung der Kanalmündungen, besonders an der Elbe, neue Forderungen an uns herantreten werden. Wir dokumentiren dadurch, daß wir trotz dieser mangelnden Uebersicht über die finanzielle Tragweite der Vorlage für dieselbe stimmen, das von uns so oft betonte große Interesse, welches wir für die Instandhaltung unserer maritimen Wehrkraft hegen. Wir machen diese große Aufwendung wesentlich im Interesse unserer Marine; nicht lokale Produktions- und Absatzinteressen, sondern die allgemeinen Interessen des deutschen Handels und der deutschen Schifffahrt wollen wir fördern, indem wir dieser Vorlage zustimmen. (Beifall.)

Abg. Hänel (deutschfreis.): Ich als Schleswig-Holsteiner würde bei Besprechung dieses Projekts ganz besonders auf lokale Interessen eingehen können; es sind hier in Schleswig-Holstein Interessenkollisionen in weitestem Maße vorhanden. Aber auch ich meine, wie der Vorredner, dies Kanalprojekt ist so groß, daß die lokalen Interessen dabei zurücktreten müssen; besonders ist nicht der Reichstag der Art, solche Dinge zu besprechen; im preußischen Landtag können die lokalen Interessen Schleswig Holsteins noch genügend erörtert werden. Wir stimmen für die Vorlage aus den vom Abg. Brömel bereits genügend entwickelten allgemeinen Gründen. Wir Schleswig-Holsteiner sind seit 1848 untrennbar mit dem Projekt verknüpft; ich hielt mich für verpflichtet, meine Freude und meinen Dank für das Zustandekommen dieses großen hervorragenden Werkes auszusprechen. (Beifall.)

Abg. Hammacher erklärt gegenüber dem Abg. v. Schalscha, er befürchte nicht, daß die rheinisch-westfälischen den oberschlesischen Kohlen Konkurrenz machen würden, so lange es keine direkte Wasserstraße vom rheinischen Kohlengebiet nach den Elbe-, Ems- und Weser-Häfen gebe. Jetzt sei höchstens zu befürchten, daß der direkte Wasserweg von der Nordsee zur Ostsee die Konkurrenz der englischen Kohle im Ostseegebiete steigern könne, doch werde die jetzige deutsche Wirthschaftspolitik, deren Bestreben es ja gerade sei, den einheimischen Markt für die einheimische Produktion zu sichern, gegenüber jener Gefahr schon Abhilfe treffen, namentlich durch die Ermäßigung der Eisenbahntarife für Kohle.

Abg. Dirichlet bemerkt, die Eisenbahntariffrage gehöre nicht hierher, wo man doch von allen lokalen Streitigkeiten absehen sollte. Der Vorredner könne ja im Abgeordnetenhause diese Dinge genügend erörtern.

Damit schließt die Diskussion.

Ref. Abg. Woermann: Nach der ausführlichen Darlegung des Herrn Staatssekretärs kann ich mich darauf beschränken, Ihnen die einstimmige Annahme des § 1 zu empfehlen.

§ 1 wird einstimmig angenommen, ebenso § 2, welcher die Modalitäten der Anleihe bestimmt, ohne Debatte.

§ 3 der Regierungsvorlage lautet: „Von den nicht zur kaiserlichen Marine gehörigen Schiffen, welche den Kanal benutzen, ist eine entsprechende Abgabe nach einem vom Kaiser im Einvernehmen mit dem Bundesrath festzustellenden Tarif zu entrichten.

§ 3 der Kommissionsvorlage lautet: Von den nicht zur kaiserlichen Marine und zur Bauverwaltung gehörigen Schiffen, welche den Kanal benutzen, ist eine entsprechende Abgabe zu entrichten. Die Festsetzung des hierfür zu erlassenden Tarifs wird weiterer gesetzlicher Regelung vorbehalten.

Abg. Graf v. Behr-Behrenhoff beantragt, den § 3 so zu gestalten, daß der von dem Kaiser im Einvernehmen mit dem Bundesrath festgesetzte Tarif dem Reichstage zur Kenntnißnahme vorzulegen ist, und daß die zur kaiserlichen Marine sowie die zur Bau- und Kanalverwaltung gehörigen Schiffe von jeder Abgabe freibleiben.

Abg. v. Schalscha beantragt folgende Bestimmung: „Bis zum Ablauf des ersten Jahres nach der Inbetriebsetzung der ganzen Kanalstrecke wird dem Kaiser im Einvernehmen mit dem Bundesrath die Festsetzung des Tarifs überlassen.

Abg. Gamp befürwortet den Antrag des Grafen Behr. Die unentgeltliche Benutzung des Kanals müsse auch auf die lokalen Verkehrsinteressen ausgedehnt werden. Einer großen Anzahl landwirthschaftlicher vom Kanal durchschnittener Grundstücke müsse der landwirthschaftliche Verkehr mit dem jenseitigen Ufer erleichtert werden. Der Antrag Behr sichere das Aufsichtsrecht des Reichstages, ohne diesen mit der überaus schwierigen Feststellung des Tarifs zu behelligen.

Abg. Fritzen giebt der gesetzlichen Feststellung des Tarifs den Vorzug. Es sei wohl möglich, daß nach Ablauf der Bauzeit das Eisenbahntarifwesen, zumal in Preußen, ebenfalls gesetzlich geregelt sei. Für die Uebergangszeit von der Inbetriebsetzung des Kanals bis zur gesetzlichen Normirung des Tarifs könnten nach dem Antrage Schalscha der Kaiser und Bundesrath den Tarif festsetzen.

Abg. Dr. Hammacher erklärt sich mit dem Antrag Schalscha für einverstanden. Die praktischen Erfahrungen des ersten Jahres nach Vollendung des Kanals könnten eine sichere Grundlage geben für die Feststellung der Tarife.

Abg. Dr. Hänel will gegen den Antrag Schalscha keinen prinzipiellen Widerspruch erheben, giebt aber zu bedenken, daß derselbe die Kommissionsvorlage verschärft. Diese verlange von der Regierung eine Vorlage, welche sich nicht mit allen Details befasse, sondern dem Bundesrathe gewisse Ermächtigungen übertragen könne. Lasse man aber ein Probejahr zu, so müßte man sich mit allen Details des Tarifs befassen.

Staatssekretär v. Boetticher: Der Antrag rechtfertigt diese Annahme nicht. Ich verstehe den Antrag so, daß für das erste Jahr nach Inbetriebsetzung des Kanals die verbündeten Regierungen im Einvernehmen mit dem Kaiser freie Hand haben, den Tarif zu bestimmen, daß aber bis zum Ablauf des ersten Betriebsjahres eine Vorlage gemacht werden muß, entsprechend dem Sinn des § 3 des Kommissionsbeschlusses, welcher dem Reichstage die Möglichkeit giebt, sich darüber schlüssig zu machen, unter welchen Bedingungen und nach welchen Maßgaben der Tarif demnächst festzusetzen ist. Die Regierung kann also absehen von der Vorlegung eines detaillirten Tarifs und ist nur gehalten, in einer Vorlage die Grundsätze für die Aufstellung des Tarifs festzustellen. Die verbündeten Regierungen legen dieser Frage keine politische Bedeutung bei. Sie wollen keineswegs das Recht des Reichstags beschränken oder die Verwaltungsbefugnisse erweitern. Sie halten es aber für unzweckmäßig und unpraktisch, Tarife der parlamentarischen Berathung zu unterwerfen, welche den Verkehrsinteressen schnell folgen sollen. Es ist auch in keinem deutschen Lande, auch nicht in Preußen, abgesehen vom Postporto, eine gesetzliche Feststellung der Tarife beliebt worden. Wollen Sie gleichwohl dem Reichstag die Mitwirkung an der Feststellung der Tarife sichern, so will ich Ihren Beschluß dem Bundesrath unterbreiten. Aber eine Vorlage würde Sie wohl überzeugen, daß es doch besser ist, der Verwaltung eine weitere Latitüde bezüglich der Anwendung und Korrektur der Tarife zu geben. Ich bitte Sie, prinzipaliter für die Regierungsvorlage und eventuell für den Antrag Behr zu stimmen.

Abg. Hänel: Nach der platonischen Befürwortung, welche Herr von Boetticher dem Antrage des Grafen von Behr hat zu Theil werden lassen, glaube ich, daß es bei den praktischen Vorschlägen der Kommission mit dem Amendement von Schalscha verbleiben wird. Ich habe deshalb keine Veranlassung, auf die Angelegenheit noch weiter einzugehen. Warten wir die erste Probe ab.

Die Diskussion wird geschlossen.

Referent Abg. Woermann: Der Antrag von Schalscha hat der Kommission nicht vorgelegen. Ich glaube aber, daß derselbe überflüssig ist, weil der Bundesrath schon jetzt das Recht hat, während der Bauzeit die Tarife festzusetzen, und weil, wenn der Antrag angenommen wird, sich der ganze Sturm der Interessenten gegen den Bundesrath während dieses ersten Jahres richten wird. Auch der Antrag des Abg. Graf Behr, daß die Schiffe der Kanalverwaltung von jeder Abgabe frei bleiben sollen, ist überflüssig. Ich glaube, diesen Paragraph so zu lassen, wie er von der Kommission gestattet ist.

Der Antrag v. Schalscha wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und eines Theiles der Freisinnigen angenommen. Der Antrag Graf Behr dagegen gegen die Stimmen der Konservativen abgelehnt und hierauf § 3 mit dem Amendement v. Schalscha einstimmig angenommen.

Abg. Graf Behr beantragt, hinter § 3 folgenden § 3a einzuschalten: „Soweit in einem Jahr die Einnahmen die durch die Unterhaltung und den Betrieb des Kanals entstehenden Kosten, sowie 3½ pCt. Zinsen des vom Reich aufgewendeten Baukapitals übersteigen, fließen dieselben bis zur Höhe von 3½ pCt. des von Preußen zu leistenden Präzipualbeitrages diesem Staate zu."

Abg. Graf Behr befürwortet seinen Antrag mit dem Hinweis darauf, daß der preußische Landtag sich eher zur Bewilligung des von Preußen zu leistenden Präzipualbeitrages verstehen werde, wenn auch das Reich sich entgegenkommend gezeigt.

Abg. Hammacher erklärt, daß in der Kommission Herr v. Boetticher erklärt habe, daß, wenn der preußische Landtag den Kredit nur bewilligen wolle unter der Bedingung der Partizipation an den Einnahmen, der Reichstag aufs Neue befragt werden müsse, ob er die Vorlage auch mit dieser Modifikation annehmen wolle. Er glaube aber nicht, daß ein Antrag im preußischen Landtage gestellt werden würde. Mit einem Paragraphen, wie er hier vorgeschlagen, erregt man nur die Aufmerksamkeit des Landtags. Das Beste ist, wenn der Antrag des Grafen Behr abgelehnt wird.

Abg. v. Strombeck (Zentr.) spricht sich gleichfalls gegen die Annahme des § 3a aus.

Staatssekretär v. Boetticher: Der Paragraph würde seine Berechtigung haben, wenn das Besitzverhältniß an dem Kanal so gedacht gewesen wäre, daß das Reich und Preußen Miteigenthümer an demselben wären und Gefahr und Nutzen an demselben zu gleichen Theilen getragen würden. Aber die Sache liegt doch anders. Aus der Begründung ist bereits bekannt, daß man das preußische Interesse, welches sich zusammensetzt aus der Entlastung von der Verpflichtung zum weiteren Ausbau des Eiderkanals und aus den wirthschaftlichen Vortheilen, welche der Kanal für Schleswig-Holstein bringt, geschätzt hat auf insgesammt 50 Millionen. Würde man die Absicht gehabt haben, Preußen auch an den Zinsen des Kanals weiter theilnehmen zu lassen, als es als Bundesstaat an demselben betheiligt ist, so würde die Schätzung seiner Interessen ganz anders ausgefallen sein, als sie sich darstellt in diesen 50 Millionen, die a fonds perdu bewilligt sind. Der preußische Beitrag hätte dann bedeutend erhöht werden müssen. Zweitens nehme ich an, daß, wenn auch hier im Reichstage eine Antheilnahme Preußens an der Verzinsung nicht beanstandet werden würde, die verbündeten Regierungen sich kaum in der gleichen Lage befinden dürften. Sie haben den Präzipualbeitrag Preußens als ein den preußischen Interessen entsprechendes Aequivalent angesehen. Sie würden sicher einen strengeren Maßstab anlegen, wenn sich Preußen auch an den Einnahmen betheiligen wollte. Ich bitte deshalb von diesem Antrage absehen zu wollen. Es ist mißlich, hier eine Korrektur vorzunehmen, welche man füglich der preußischen Regierung überlassen kann.

Abg. Graf Behr zieht hierauf seinen Antrag zurück.

§ 4, wonach die alljährlich zu verwendenden Beträge in den Reichshaushaltsetat des betreffenden Jahres aufzunehmen sind, wird ohne Debatte genehmigt.

Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. (Gesetz, betreffend Abänderung des § 137 des Gerichtsverfassungsgesetzes; Antrag Reichensperger, betreffend die Wiedereinführung der Berufung gegen die Urtheile von Strafkammern.)

Abgeordnetenhaus.

23. Sitzung vom 19. Februar, 11 Uhr.

Am Ministertische Maybach und Kommissarien.

Eingegangen sind 1) Gesetzentwurf, betreffend die Erweiterung und Vervollständigung des Staatseisenbahnnetzes und die Betheiligung des Staats bei mehreren Privat-Eisenbahnunternehmungen, und 2) Gesetzentwurf über die Errichtung jetztwilliger Verfügungen in dem Bezirke des Ober-Landesgerichts Frankfurt a. M.

Der Bericht über die Ausführung der Eisenbahnverstaatlichungsgesetze wird der Budgetkommission überwiesen; der Nachweis über die Verwendung des Dispositionsfonds für unvorhergesehene Ausgaben wird durch Kenntnißnahme für erledigt erklärt.

Darauf geht das Haus zur Berathung des Spezialetats der Eisenbahnverwaltung über.

Referent Abg. v. Tiedemann (Bomst) giebt einen längeren Bericht über die Verhandlungen in der Kommission, weil er sich versagt habe, die Tarifsache zu diskutiren, da dies in einer besonderen Kommission geschehen könne, welche die Verhandlungen des Landeseisenbahnraths zu berathen hat.

Die Diskussion erstreckt sich zunächst auf die Einnahmen bei der Direktion Berlin, bei welchen die allgemeinen Fragen erörtert werden sollen.

Abg. Letocha beantragt: die königliche Staatsregierung zu ersuchen, den Zöglingen der Waisenhäuser zum Zwecke des Besuches ihrer Angehörigen in den Ferienzeiten — auf Empfehlung des Vorstandes der Anstalt — die Hin- und Rückreise auf den königlich preußischen Staats- und unter Staatsverwaltung stehenden Bahnen in dritter Wagenklasse aller Züge zum Preise der Militärbillets zu gewähren.

Nachdem die Diskussion geschlossen und die Einnahme des Direktionsbezirks Berlin unverändert genehmigt ist, wird der Antrag Letocha an die Budgetkommission verwiesen.

Zugleich mit den Ausgaben wird eine Reihe von Petitionen von Eisenbahnbeamten diskutirt, welche theils um Aufbesserung ihrer Gehalts-, Rang- und Pensionsverhältnisse, theils um anderweite Regelung ihrer Verhältnisse bezüglich des Wohnungsgeldzuschusses und der pensionsfähigen Dienstzeit beim Hause vorstellig geworden sind.

Nachdem der Referent v. Tiedemann (Bomst) über die Petitionen Bericht erstattet hat, wird um 3¾ Uhr die Fortsetzung der Berathung auf Sonnabend 11 Uhr vertagt.

24. Sitzung vom 20. Februar, 11 Uhr.

Am Ministertisch: Minister Maybach und Kommissarien.

Das Haus setzt die Berathung der Eisenbahnetats bei Kap. 20 der dauernden Ausgaben fort und zwar gemeinsam über die Titel 1 bis 9, Gehälter, Diäten, Reisekosten, Remunerationen, Unterstützungen ꝛc. für die verschiedenen Beamtenklassen. Hierzu ist eine große Anzahl von Petitionen eingegangen, bezüglich deren in der Mehrzahl die Budgetkommission Uebergang zur Tagesordnung empfiehlt, nämlich hinsichtlich der Petitionen von Eisenbahnbetriebssekretären, Kanzlisten und Billetdruckern um Gehaltsverbesserung, von Wagenmeistern, Eisenbahnrangirermeistern und Weichenstellern um Regelung ihrer Einkommens- bezw. Pensionsverhältnisse, von Eisenbahntelegraphisten um Versetzung in die zweite Subalternbeamtenklasse und Verleihung des Assistententitels, von Eisenbahn-Lademeistern, Zugführern und Packmeistern um Gehalts- bezw. Rangerhöhung oder Gewährung von Wohnungsgeldzuschüssen. Dagegen die Petition von Eisenbahnkanzlei-Assistenten in Frankfurt a. M. um Erhöhung der Remuneration der Kanzleiassistenten bei den Eisenbahndirektionen der Staatsregierung als Material überwiesen werden.

Die Abgg. Sattler, Graf und Hammacher beantragen, die Petition von Eisenbahn-Betriebssekretären um Gehaltsverbesserung der Staatsregierung zur Erwägung, die Abgg. Imwalle und v. Heereman, die Petitionen von Eisenbahnkanzlisten in Kassel und Frankfurt a. M. um Gleichstellung im Gehalt mit den Kanzlisten bei anderen Provinzialbehörden gleichfalls zur Erwägung und die Abgg. Berger (Witten) und Büchtemann, die Petition der Eisenbahntelegraphisten Krüger in Posen um Versetzung der Eisenbahntelegraphisten in die zweite Klasse der Subalternbeamten und Verleihung des Titels „Assistent" an dieselben zur Berücksichtigung zu überweisen.

Nach Vertheidigung der respektiven Anträge durch die Abgg. Sattler, Hammacher und Frhr. v. Heereman, wobei dieselben eine Reihe von Einzelbeschwerden, wie z. B. Dienstüberbürdung, berühren, erwidert.

Minister Maybach: Daß die Staatsregierung das Wohl der ihr unterstellten Beamten nicht vernachlässigt, ist von den Rednern anerkannt worden; es ist auch in der That in Bezug auf allen der vielen Klassen schon viel geschehen. Die Petitionen gehen in den meisten Fällen von übertriebener Werthschätzung oder falscher Auffassung der Verhältnisse aus und fordern zu viel. Was das Petitioniren betrifft, so ist meine Grundanschauung die, daß ich einen Beweis des Vertrauens meiner Beamten zu mir erblicke, wenn sie sich an mich wenden. Gehen Einige dennoch an dieses Haus mit ihrem Petitum, und enthält dasselbe nichts Despektirliches gegen die Regierung oder die Vorgesetzten, ist dasselbe namentlich nicht in agitatorischer Weise zu Stande gekommen, so soll den Beamten dies nicht verwehrt sein. Die Staatsregierung wird stets die Gesuche ihrer Beamten mit Wohlwollen und Gerechtigkeit erwägen und prüfen. (Beifall.) Also noch einmal bitte ich Sie, drängen Sie uns nicht zu sehr, das Drängen von unten ist an sich schon so stark, daß wir jeder Zeit auf die besserungsbedürftigen Punkte hingewiesen werden und die Staatsregierung hat es sich, wie Sie wissen, zur Aufgabe gemacht, allen gerechten Wünschen mit der Zeit gerecht zu werden. (Beifall.)

Abg. Graf (Elberfeld) dankt dem Minister für die ihm gegebene Zusage und bittet um möglichst gleichmäßiges Avancement der Beamten, in Sonderheit auch um wohlwollende Erwägung der Petitionen; letzterem Wunsche schließen sich die Abgeordneten Berger und Büchtemann an.

Abg. Graf Limburg-Stirum glaubt, daß den Beamten mit einem Petitionssturm wenig gedient sei.

Unter Ablehnung sämmtlicher Anträge tritt das Haus den Kommissionsvorschlägen bei. Das Ausgabekapitel „Eisenbahndirektion Berlin" wird unverändert bewilligt.

Beim Kapitel „Direktion Bromberg" plädiren die Abgg. Kantak und Büchtemann für die endliche Anlage einer Haltestelle am Gerberdamm in Posen.

Abg. Dr. Wehr (Deutsch-Krone) bittet die Staatsregierung, der brennenden Frage der Umgestaltung und Erweiterung des Hohethorbahnhofes in Danzig ihre besondere Aufmerksamkeit zu widmen; die mangelhafte Einrichtung und die Schwierigkeit des Zugangs zu demselben ständen nicht entfernt mit den Verkehrsbedürfnissen Danzigs und seiner Vororte z. B. Zoppot im Einklang.

Abg. Wehr (Konitz) äußert verschiedene Wünsche bezüglich vermehrter Einstellung von Waggons in den Sekundärbahnzügen.

Abg. Döhring befürwortet den Umbau resp. die Erweiterung des Bahnhofs Marienburg.

Ministerialdirektor Schneider bemerkt, daß die Danziger Fortifikationsverwaltung besondere Forderungen geltend gemacht habe, welche die Aufstellung eines Projekts für die Umgestaltung des Hohethorbahnhofs erschweren.

Minister Maybach: Die Anlage der erwähnten Haltestelle in Posen auf Grund eines neueren, billigeren Kostenanschlages wird demnächst erfolgen.

Bei den Ausgabekapiteln für die Direktionsbezirke Köln (links- und rechtsrheinisch) und Elberfeld werden eine Reihe von Klagen über die mangelhafte Beschaffenheit der Bahnhofsanlagen einiger größeren Stationen und die daraus sich ergebenden lästigen Verkehrsstörungen vorgebracht.

Vom Regierungstische wird die Prüfung einiger der vorgetragenen Beschwerden in Aussicht gestellt.

Bei den Ausgaben für den Direktionsbezirk Breslau verlangt

Abg. Peters, daß auch der „Schlesischen Volkszeitung", dem Hauptorgan der Katholiken Schlesiens, im Interesse der Vermehrung der Staatseinnahmen, der Parität und der justitia distributiva die amtlichen Publikationen der Direktion zugewendet würden.

Der Rest des Ordinariums wird ohne weitere Diskussion bewilligt. Auch das Extraordinarium ruft eine erhebliche Diskussion nicht hervor. Abgesetzt wird die erste Rate von 20 000 M. zum Umbau des Bahnhofs in Potsdam, weil die genauen Baupläne und Kostenanschläge noch nicht vorliegen; die übrigen 41 Titel im Gesammtbetrage von 11 065 000 M.

werden bewilligt, darunter erste Raten von 250 000 M. zur Anlage eines Rangirbahnhofs bei Johannisthal-Niederschönweide, und von 75 000 M. zur Anlage eines Rangirbahnhofs der Anhalter Bahn bei Tempelhof.

Der Eisenbahnetat ist damit erledigt. Der Bericht über die Ergebnisse des Betriebes der Staatseisenbahnen pro 1884/85 wird gleichfalls durch Kenntnißnahme für erledigt erklärt.

Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung Montag 11 Uhr. (Erste Lesung der vier Polenvorlagen.)

Gerichts-Zeitung.

Eine schwere Bluthat bildete gestern den Verhandlungsgegenstand des Schwurgerichts des hiesigen Landgerichts I. Unter der Anklage der vorsätzlichen Körperverletzung mit tödtlichem Erfolge steht der Maurergeselle Karl Heinrich Christian Schulze vor den Schranken. In der Nacht vom 2. zum 3. November v. J. begleitete der Angeklagte aus einem Tanzlokal in der Hasenhaide die beiden Schwestern Marie und Anna Beyer nach dem Kottbuserdamm. Unterwegs geriethen die beiden Schwestern in Streit, und drohte der Angeklagte der Marie B. mit Mißhandlung, wenn sie nicht bald ruhig sei. Als dieselbe hierauf nicht reagirte, versetzte ihr der Angeklagte eine Ohrfeige. In diesem Moment kamen einige Leute herzu und machten dem Angeklagten ob seines Auftretens gegen eine junge Dame bittere Vorwürfe und drangen auf ihn ein. Der Angeklagte lief davon, blieb aber unterwegs stehen und wartete seine beiden Angreifer ab. Als sie herangekommen waren, versetzte er dem einen, dem Instrumentenmacher Pieske, mit dem gezückten Messer einen heftigen Stich in die linke Hüfte. Der Verletzte, welcher einen übergroßen Blutverlust hatte, wurde auf einer Sanitätswache verbunden und nach der Charitee geschafft, wo er am folgenden Tage in Folge des übermäßigen Blutverlustes verstarb. Die Geschworenen verneinten die Frage nach dem Vorhandensein mildernder Umstände, und der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten zum niedrigsten Strafmaß von 3 Jahren Gefängniß.

Einer Anklage wegen versuchter Erpressung, welche gestern gegen den Lokomotivführer R. von der vierten Strafkammer hiesigen Landgerichts I verhandelt wurde, lag eine Entführungsgeschichte zu Grunde, bei welcher über die Person des Entführers ein räthselhaftes Dunkel schwebt. Die damals noch unter 16 Jahre alte Tochter

Vereine und Versammlungen.

* **Im Bezirksverein der arbeitenden Bevölkerung im Süd-Westen Berlins** hielt Herr Professor Dr. Petri am 15. d. Mts. einen Vortrag über die Entwässerungsanlagen in Marienfelde. Der Referent führte zunächst der Versammlung die Entstehung der Anlagen vor und wies ferner nach, mit welchen Schwierigkeiten man dieselben durchführen könnte. Anfangs waren die städtischen Behörden entgegenkommend, doch erkaltete die Freundlichkeit derselben sehr bald, was man bei Ankauf des Gutes Hellersdorf so recht wahrnehmen konnte. In der Stadtverordneten-Versammlung selbst seien so viele Unrichtigkeiten über die Anlagen verbreitet worden, daß dem ganz energisch entgegengetreten werden muß. Redner wies darauf hin, daß es gerade die Arbeiter-Bezirksvereine wären, die großes Interesse hegten und sich ein Vergnügen daraus gemacht hätten, diese Anlagen an Ort und Stelle in Augenschein zu nehmen. Er lud den Verein ein, sobald das Wetter milder geworden, dasselbe zu thun. Er (Redner) sei gern bereit, persönlich die Entwässerungsanlagen den Mitgliedern zu zeigen und Aufschlüsse zu geben. Referent erläutert nunmehr die Anlagen recht eingehend und legte klar, welche Stoffe nöthig seien, um die Jauche zu reinigen. Die Anlage selbst sei im Stande, viermal täglich eine Reinigung vorzunehmen, und könnte selbst überall angebracht werden, auch sei der gelieferte Dung ein ausgezeichneter, da er alle Stoffe besitzt, die der Landwirth braucht. Es sei Pflicht der städtischen Behörden, sich ernstlich mit der Sache zu beschäftigen, der Bevölkerung könnte dann eine große Steuererleichterung ermöglicht werden. Diese Ausführungen fanden den größten Beifall. Die Diskussion hierüber war eine sehr lebhafte, da alle Redner sich dahin äußerten, daß schon in sanitärer Beziehung diese Einrichtung von der größten Wichtigkeit wäre. Hierauf gelangte folgender Antrag zur Annahme: „Der Verein beschließt, seinen Vorstand zu beauftragen, eine Petition an den Magistrat auszuarbeiten und dem Verein zur Beschlußfassung zu unterbreiten, in welcher der Magistrat aufgefordert wird, das Petri'sche Verfahren der Reinigung der Berliner Abwässer der genauesten Prüfung zu unterziehen. Betreffs der Gründung einer Vereins-Bibliothek nahm der Verein folgenden Antrag einstimmig an: „Der Verein beschließt, zur Gründung seiner Bibliothek gebundene und ungebundene Werke leihweise zu übernehmen. Der Entleiher muß sich bei Uebergabe der Werke verpflichten, dieselben dem Verein mindestens auf ein Jahr zu überlassen und falls dieselben ohne Verschulden des Vereins verloren gehen, keinen Ersatz dafür zu beanspruchen." Hierauf wurden die Herren Kirg als 1. und Sander als 2. Bibliothekar gewählt. Die Bibliothek selbst soll bei Lindendorn, Solms- und Gneisenau-Straßen-Ecke, etablirt werden. Alsdann verlas der Vorsitzende die von ihm verfaßte Petition, betreffs Regulirung der Bergmann- und Kreuzbergstraße und Umwandlung des Marheinecke-Platzes in einen Park nebst Spielplatz. Der Verein war damit einverstanden, daß dieselbe unverändert an den Magistrat abgesandt werde. Nachdem noch der Fragekasten seine Erledigung gefunden, schloß der Vorsitzende mit der Ermahnung an die Mitglieder, in immer weiteren Kreisen für den Verein zu agitiren, damit derselbe immer stärker werde, die Sitzung. Die nächste Sitzung des Vereins findet am Montag, den 1. März, in demselben Lokale, „Kaiserhallen", Alte Jakobstraße 120, statt.

* **Dem Vorstand des Arbeiter-Bezirksvereins der Oranienburger Vorstadt und des Wedding** ist auf eine an das königl. Polizeipräsidium ergangene Beschwerde wegen Auflösung der Versammlung vom 8. d. M. folgender Bescheid zugegangen:

Berlin, 16. Februar 1886.

„Dem Vorstand eröffne ich auf die Beschwerde vom 10. d. ergebenst, daß in den Ausführungen des Tischlers Boy, welcher in der Versammlung des Arbeiter-Bezirksvereins der Oranienburger Vorstadt und des Wedding vom 8. d. M. als Referent fungirte, die im § 9 des Reichsgesetzes vom 21. Oktober 1878 näher bezeichneten Bestrebungen in so deutlicher Weise zu Tage getreten sind, daß schon bei diesen Ausführungen des Referenten die Auflösung der Versammlung hätte erfolgen müssen. Wenn der überwachende Beamte erst zu einem späteren Zeitpunkte, als Boy sich in emphatischer Weise ausdrücklich als Anhänger der Sozialdemokratie bekannte, zur Auflösung der Versammlung schritt, so geschah dies in der gerechtfertigten Annahme, daß auch in der weiteren Rede des Referenten die oben erwähnten verbotenen Bestrebungen zu Tage treten würden. Ich vermag demnach das Verhalten des überwachenden Beamten nicht zu mißbilligen, und sehe mich daher nicht in der Lage, die Auflösung der Versammlung für ungerechtfertigt zu erachten. Der Polizeipräsident: v. Richthofen.

* **Eine öffentliche Frauenversammlung**, von ca. 1000 Personen besucht, tagte am Donnerstag Abend in der Urania, um über das bereits veröffentlichte Programm der Frauenbewegung zu berathen und Beschluß zu fassen. Den Vorsitz führte Fräulein Schlingmann. Frau Pötting erläuterte die einzelnen Thesen dieses Programms und ermahnte die Frauen zu größerer Selbstständigkeit im Denken und Handeln, sowie zur Pflege einer guten Zeitungs- und Bücherlektüre. Jetzt vertieften sich noch die Meisten, sofern es ihre Zeit gestattet, in Schauerromane und ähnliche Erzeugnisse; um das politische und öffentliche Leben bekümmerten sie sich nicht. Es habe bisher an einem die Arbeiterinnen und ihre Vereine umschließenden Bande gefehlt. Dieses Band solle das der Versammlung unterbreitete Programm sein. Sie bitte um Annahme desselben. (Lebhafter Beifall.) Eine eingelaufene und sofort zur Abstimmung gebrachte Resolution wurde angenommen. Sie lautet: „Die heute tagende Frauenversammlung erklärt sich mit dem aufgestellten Programm für die Arbeiterinnenbewegung einverstanden und verpflichtet sich auch dahin zu wirken, daß die Frauen des werkthätigen Volkes ermahnt werden, sich einem der bestehenden Arbeiterinnenvereine anzuschließen." — Die sich entspinnende Diskussion war überaus belebt. Frau Kolbe kritisirte besonders die erste These, welche ihrer Ansicht nach nur für die Vornehmen bestimmt sei. Im Uebrigen verlangte sie eine strenge Scheidung der männlichen und weiblichen Berufszweige. Weder die Herren Professor Wagner und Hofprediger Stöcker, die sonst stets für das religiöse Familienleben Propaganda machten, noch Her Bebel erkennen den Beruf der Frau als Mutter und Gattin an. Dieser Rednerin erwiderten Frau Poetting, Tischler Schaar und Dr. Lüttgenau. Der letztere nahm auch Veranlassung mannigfach (in Folge eines Versammlungsberichts der „Staatsbürgerzeitung") über ihn herumschwirrenden Meinungen entgegenzutreten. Ebenso unhaltbar seien die Gerüchte über eine von gewissen Leiterinnen der Arbeiterinnenbewegung angestrebte Verbindung mit rechtsstehenden Koryphäen. Mit dem vorgetragenen Programm sei er einverstanden und erwarte er bei konsequenter Durchführung desselben viel von der Zukunft. Tischler Schaar nahm Herrn Bebel in Schutz. Die sozialdemokratische Fraktion, welcher derselbe angehöre, habe stets die Interessen der Proletarier und infolge dessen auch dieser Arbeiterinnen wahrgenommen. Angaben über weibliche Fabrikarbeit machte der Klempner Quinter. An die Ausführungen Dr. Lüttgenau's knüpfte Herr Michelsen an; als er dann auf die Worte der Frau Kolbe einging, alle religiösen Einwirkungen auf die Arbeiter abwies und das Heine'sche „Wir wollen auf Erden glücklich sein" ꝛc. zitirte, erfolgte die polizeiliche Auflösung der Versammlung. Unter Hochrufen trennten sich die Versammelten.

th. **Der Arbeiter-Bezirksverein der Rosenthaler Vorstadt** hielt nach längerer unfreiwilliger Pause am 18. d. M., bei Golle, Linienstr. 30, wieder eine Versammlung ab, die durch einen Vortrag des Reichstagsabgeordneten Heine über „Volksschulen" ein ganz besonderes Interesse gewann. Das zeitgemäße Thema fand durch den Vortragenden die fesselndste Behandlung. Aus einem zufälligen Menschen einen wahren, idealen Menschen zu machen als Zweck der Erziehung hinstellend, erachtete er die Schule im Allgemeinen als einen wichtigen Faktor der Erziehung. In einem historischen Rückblicke zeigte er, wie Karl der Große Dom- und Klosterschulen stiftete, mit dem ausgesprochenen Zwecke, Geistliche heranzubilden. In der Reformationszeit waren es Luther, Melanchthon und Buggenhagen, welche Schulen gründeten, doch Volksschulen kannten auch sie noch nicht. Friedrich Wilhelm I., König von Preußen, war es, welcher zuerst Volksschulen in diesem Lande errichtete. Er bestimmte, daß in Dörfern Schulen eröffnet würden, in denen Lesen und Schreiben gelehrt werde. Die Kinder sollten gehalten sein, im Winter täglich, im Sommer wenigstens zweimal wöchentlich die Schule zu besuchen. Als Lehrer wurden Handwerker angestellt, da von dem Lehrerposten Niemand leben konnte; später wurden Militärinvaliden dazu verwendet. Der immerwährende Kampf um eine Besserstellung habe die Lehrer zu ihrem heutigen Ansehen gebracht, ein leuchtendes Vorbild für die Arbeiterbewegung und eine Mahnung, an dem schließlichen Erfolge nicht zu zweifeln. Im Jahre 1712 wurde zu Genf Jean Jaques Rousseau geboren, dessen Prinzipien maßgebend für unsere heutige Volksschule geworden seien. 1746 wurde in Zürich der berühmte Pestalozzi geboren, welcher, im Sinne Rousseau's wirkend als eigentlicher Vater der Volksschulen zu betrachten sei. Seine Erziehungsanstalten in der Schweiz wurden mustergiltig und Basedow (1723 in Hamburg geboren) führte die Pestalozzi'sche Methode in Deutschland ein. Es gab eine Zeit, wo die deutsche Volksschule den ersten Platz unter den zivilisirten Nationen behauptete. Diese Zeit sei aber leider vorüber und sei heute die deutsche Volksschule durch die amerikanische, französische und namentlich durch die schweizerische Volksschule überholt werden. Speziell die letztere Institution schwebte dem Vortragenden als Ideal vor und verweilte er länger bei der Schilderung der Schulen in der Schweiz. Die schulmäßige Erziehung der Kinder sollte seiner Ansicht nach nicht erst mit dem schulpflichtigen Alter beginnen, sondern durch Art der Fröbel'schen Kinderspiele müßten den Kindern spielend die ersten Begriffe beigebracht werden, bei diesen Spielen höhere Ziele im Auge habend. Es sei entschieden eine falsche Auffassung, das Lernen als eine Arbeit zu betrachten. Auch die Unterrichtsweise wünschte er geändert und zwar in der Weise, daß die Kinder zuerst mit dem Zunächstliegenden und dann mit dem Fernliegenden, d. h. zuerst mit der Gegenwart und dann mit der Vergangenheit bekannt gemacht würden. Als einen großen Fehler betrachtete er es, daß nicht auch bei uns Staaten- und Gesetzeskunde als Unterrichtsgegenstand eingeführt sei. Den Kindern müßte bereits Kenntniß von ihren Rechten und Pflichten als künftige Staatsbürger gegeben werden und wenn Unkenntniß der Gesetze nicht vor Strafe schütze, so sei es auch Pflicht des Staates, diese Kenntniß zu verbreiten. Die Unentgeltlichkeit des Schulunterrichts sei unbedingt nothwendig, doch bestehe dieselbe noch keineswegs an allen Orten. Bezüglich der Mädchen wünschte er, daß dieselben auch in praktischen, häuslichen Arbeiten, wie Nähen, Stricken, Kochen ꝛc., unterrichtet und in die Gesundheitslehre eingeführt würden. Als nothwendigen Bestandtheil der weiblichen Erziehung betrachtete er ferner die Unterweisung der Mädchen in den Pflichten der Hausfrau und Mutter. Auch die Errichtung staatlicher Fachschulen hielt er für durchaus nothwendig. Wenn Deutschland den friedlichen Wettkampf der Nationen aufnehmen wolle, sei es nöthig, daß der Arbeiter eine fachgewerbliche Erziehung erhalte, welche nicht nur der der Arbeiter anderer Nationen gleichkomme, sondieselbe noch übertreffe. Auch den Unterricht auf den Universitäten wünschte er für besonders veranlagte, unbemittelte Söhne des Volkes unentgeltlich, sowie freie Unterhaltung während der Studienzeit, indem er der Ansicht war, daß diese Vergünstigungen nicht lediglich den Einzelnen, sondern vermöge der späteren Leistungen derselben auf den Gebieten der Künste und Wissenschaften der Allgemeinheit zu Gute kämen. Auch hielt er es für angemessen, den Frauen den Besuch der Universitäten zu gewähren. Nach einem kurzen Umblick in England, Amerika und Frankreich schloß er seinen interessanten Vortrag mit dem Ausspruche Spinoza's: „Höchstes Staatsgesetz ist des Volkes Wohl, dem Alles Göttliche und Menschliche anpaßt werden muß." — Reicher Beifall lohnte dem Redner. — Des Weiteren beschloß der Verein eine Petition an die städtische Schuldeputation um Einführung einheitlicher Schulbücher und genehmigte eine Petition an den Magistrat betr. einheitliche Regelung der Kokspreise. Die Zahlstelle des Vereins befindet sich in der Destillation von Schayer (Pappelplatz, Ecke der Acker- und Invalidenstraße) Sonntags Vormittags von 10 bis 12 Uhr. Für das erkrankte Mitglied Dornbusch wurden 10 M. aus der Vereinskasse bewilligt.

* **Fachverein der Tischler.** Montag, den 22. d. M., Abends 8½ Uhr, in Jordan's Salon, Neue Grünstraße 28, außerordentliche Generalversammlung. (Siehe Inserat.) — Der diesjährige Vereins-Maskenball findet am Sonnabend, den 13. März, in der Berliner Ressource, Kommandantenstraße 57, statt. Billets sind nur vorher in den Versammlungen, auf den Zahlstellen, sowie bei den Mitgliedern Böhm, Johanniterstr. 10, H. III; Grünwaldt, Prinzenstr. 6, IV, bei Krause; Thumann, Naunynstr. 79, III; Fest, Hollmannstr. 1a; Riska, Wienerstr. 42, I; Thierbach, Neue Königstr. 72, H. III; Witte, Invalidenstr. 21 und jeden Abend bei den Arbeitsvermittlern, Blumenstr. 56 (Tischlerherberge), zu haben.

* **Bezirksverein des werkthätigen Volkes der Schönhauser Vorstadt** am Mittwoch, den 24. ds. Mts., große Versammlung, Prenzlauer Allee 195, Ecke Danzigerstraße. Tages-Ordnung: 1. Branntweinmonopol. Referent: Herr Christensen. 2. Verschiedenes. 3. Fragekasten. — Neue Mitglieder werden aufgenommen. Gäste willkommen.

* **Arbeiter-Bezirksverein Süd-Ost.** Heute, Sonntag, den 21. Februar, Gemüthliches Beisammensein der Vereinsmitglieder nebst Familien im Restaurant Jakobi, Landsbergerstraße 82.

* **Große öffentliche Versammlung sämmtlicher Stuhl-Arbeiter** und Berufsgenossen am Sonntag, den 21. d. M., Vorm. 10½ Uhr, Gr. Frankfurterstr. 117 (Königsbank). T.-O.: Die kulturhistorische Bedeutung der Weberei und die inneren sozialen Verhältnisse derselben. Referent Herr Reichstagsabgeordneter Harm.

* **Nationale Kranken- und Begräbniß-Kasse der deutschen Gold- und Silberarbeiter** und verw. Berufsgenossen Montag, den 22. Februar, Abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Schultheiß'schen Saale, Neue Jakobstr. 24/25. T.-O.: 1. Rechenschafts- und Kassenbericht. 2. Wahl der Beamten. 3. Verschiedenes.

* **Arbeiterbezirksverein des Westens.** Montag, den 22. d. M., Abends 8½ Uhr, Versammlung in Gründer's Salon, Schwerinstr. 26. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Singer über das Branntweinmonopol. 2. Wie verhält sich der Verein zu den Kommunalwahlen. 3. Verschiedenes und Fragekasten.

* **Der Fachverein der Barbier- und Friseurgehilfen** feiert sein erstes Stiftungsfest, verbunden mit humoristischer Soiree, am Dienstag, den 23. Februar, in Bräuer's Salon, Gr. Frankfurterstr. 74—75. Anfang 9 Uhr Abends.

* **Verein der Parquetbodenleger Berlins.** Montag, den 22. Februar, Abends 8 Uhr, Mauerstr. 86. Mitglieder-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Gerlach. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Fragekasten. Gäste haben Zutritt.

* **Arbeiter-Bezirksverein der Oranienburger Vorstadt und des Wedding.** Montag, den 22. Februar, Abends 8 Uhr, Versammlung im Weddingpark, Müllerstraße Nr. 178. Tagesordnung: 1. Wie stellt sich der Verein zu den Kommunalwahlen? Referent Herr Voigt. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 4. Fragekasten. — Zu dieser Versammlung sind die Stadtverordneten der Arbeiterpartei eingeladen. Gäste willkommen. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

* **Fachverein der Drechsler**, Knopfarbeiter und Berufsgenossen. Dienstag, den 23. Februar, Abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung in Keller's Lokal, Andreasstraße 21 (II. Saal). Vortrag des Stadtv. Herrn Görcki.

* **Verein zur Wahrung der Interessen der Tischler.** Montag, den 22. Februar, Abends 8½ Uhr, Naunynstr. 44, Versammlung. T. O.: Innere Vereinsangelegenheiten. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Den Mitgliedern, sowie sämmtlichen Tischlern Berlins zur Nachricht, daß die angekündigte öffentliche Versammlung der Tischler Umstände halber heute nicht stattfinden kann; jedenfalls aber noch im Laufe der Woche.

* **Versammlung der Lederarbeiter Berlins** am Montag, den 22. Februar. Näheres siehe im Inseratentheil. Wohl in keiner Branche hat die „Lehrlingszüchtung" derart um sich gegriffen, wie in der Branche der Lederarbeiter. Die Besprechung dieses Mißstandes soll Zweck der Versammlung sein. Zahlreiches Erscheinen der Berufsgenossen ist daher dringend erforderlich.

* **Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher** und Berufsgenossen (E. H. 32). Oertliche Verwaltungsstelle Berlin. Zu dem heute, Sonntag, stattfindenden Wiener Maskenball im Königstadt-Kasino, Holzmarktstr. 72, sind noch Billets zu haben bei Papke, Naunynstr. 36; Barisch, Markusstr. 38; Wasewitz, Fruchtstr. 35, und Schreiter, Anklamerstraße 25, Hof 2 Tr., bei Neumann. Der Reinertrag ist für den Invalidenfonds bestimmt.

* **Unterstützungsverein der Schuhmacher.** Generalversammlung am Montag, den 22. d. M., Abends 8½ Uhr, in Gratweil's Bierhallen, Kommandantenstr. 77/79. Tagesordnung: 1. Kassenbericht. 2. Vortrag des Herrn Liefländer. 3. Verschiedene Anträge und Mittheilungen. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

* **Große öffentliche Versammlung der Drechsler** und verwandten Berufsgenossen am Sonntag, den 21. d. Mts., Vormittags 10 Uhr, in Bräuer's Salon, Große Frankfurterstraße 74—75.

* **Fachverein der Lithographiesteinschleifer.** Montag, den 22. Februar, Abends 8½ Uhr, Mitglieder-Versammlung in Seefeld's Salon, Grenadierstr. Nr. 33. Tagesordnung: Vortrag des Herrn H. Canitz über: „Lungenleiden und deren Heilung". — Gäste haben Zutritt. Mitglieder werden aufgenommen.

* **Glacehandschuhmacher.** Heute, Sonntag, Vormittags 10 Uhr, Versammlung bei Liebrecht, Invalidenstr. 16.

* **Allg. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter** (E. H. 29 Hamburg) Filiale III, Versammlung Dienstag, den 23. d. Mts., Abends 8 Uhr, Manteuffelstraße 90, Statutenberathung.

* **Eine öffentliche Versammlung der Handlungsgehilfen Berlins** findet am 2. März, bei Buggenhagen am Moritzplatz, statt. T.-O.: Die Handlungsgehilfen-Bewegung und die Parteien im Reichstage. Referent: Herr Albert Auerbach, Hamburg. Reichstagsabgeordnete aller Parteien haben ihr Erscheinen in dieser Versammlung zugesagt.

* **Oeffentliche Versammlung der Tischler und Pianofortearbeiter Berlins** am Sonntag, den 21. Februar, Vormittags 10½ Uhr, in Keller's Lokal, Andreasstraße 21. — Sämmtliche Tischler und Pianofortearbeiter, welche Mitglieder der Ortskrankenkasse sind, sowie Herr Obermeister Brandes sind zu dieser Versammlung besonders eingeladen.

* **Interessen-Verein der Kisten- und Koffermacher Berlins.** Montag, den 22. Februar, Abends 8½ Uhr in den „Armin-Hallen", Kommandantenstr. 20, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Beschlußfassung über die Dauer der Unterstützung. 3. Verschiedenes und Fragekasten.

* **Freie Vereinigung der Graveure, Ziseleure ꝛc.** Montag, den 22. Februar, Abends 8½ Uhr, Versammlung Annenstr. 16. Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Vortrag des Herrn Dr. Zadeck über: Syphilis, deren Verbreitung und Verhütung. 3. Verschiedenes.

Fachverein der Posamentirer und Seidenknopfmacher. Versammlung am Montag, den 22. Februar, Abends 8½ Uhr, Holzmarktstr. 72, im Königstadt-Kasino.

Verband der Möbelpolirer. Montag, den 22. Februar, Köpnickerstraße 150, Versammlung. Tagesordnung: 1. Das verschiedenartige Lohn- und Arbeitsverhältniß in unserem Beruf und wie ist diesem entgegenzutreten? 2. Wie regeln wir den Arbeitsnachweis? 3. Verschiedenes und Fragekasten.

Fachverein der Möbelpolirer (F. K. A.) Montag, den 22. d. M., Abends 8 Uhr, außerordentliche Generalversammlung bei Säger, Grüner Weg 29. Tagesordnung: 1. Berichterstattung über die Thätigkeit des Vereins. 2. Verschiedenes und Fragekasten.

* **Männergesangverein „Schneeglöckchen"** jeden Montag Abend im Restaurant Naunynstr. 78.

Kleine Mittheilungen.

Darmstadt, 18. Febr. Dieser Tage ist hier der Mechanikus Klotzsch gestorben, den die Sozialdemokraten 1871 als ihren ersten Wahlkandidaten im hiesigen Kreise aufgestellt hatten. Ueber die gestern Nachmittag stattgefundene Beerdigung berichtet die „Frankf. Ztg." folgendes: „Der Leichenzug wurde von einer großen Anzahl Polizisten von der Mühlstraße nach dem Friedhofe begleitet. Schon vorher war dem Ortsführer der Sozialdemokraten, Herrn Gastwirth Ph. Müller, polizeilicherseits bedeutet worden, daß das Tragen irgend welcher rother Abzeichen, u. a. auch rother Halsbinden — im Gesetz steht u. a. Binden, Schärpen und Schleifen — nicht gestattet sei, worauf Herr Müller, im Uebrigen protestirend, für seine Person dies zugestanden, aber erklärt hatte, einen derartigen Auftrag an die zahlreichen Leidtragenden nicht übernehmen zu können. Es waren deshalb auch Edelweißkränze mit rothenen Schleifen gestiftet worden, welche letztere sofort auf diesbezügliche Aufforderung von den Kränzen getrennt wurden. Daraufhin erklärten jedoch die Angehörigen des Verstorbenen den Kranzüberbringern, daß auch die Schleifen seitens der Spender dem Todten gestiftet seien und deshalb mindestens hinterher noch in das Grab geworfen werden müßten. Als dies nun — nachdem Herr Müller und ein Metallarbeiter eine kurze Ansprache gehalten — in der That geschah, erklärte Polizeikommissar Becht auf Grund des Sozialistengesetzes die sehr zahlreiche Versammlung auf dem Friedhofe für aufgelöst, die darnach auch ruhig auseinanderging. Die Polizei hatte Instruktion, wie wir wissen, falls den vorgeschriebenen Aufforderungen nicht Folge geleistet werden sollte, von der Waffe Gebrauch zu machen."

Briefkasten der Redaktion.

R. T. Sie wollen ein Porzellangeschäft anfangen und fragen uns, wo Sie die Porzellanwaaren am besten und billigsten einkaufen können. Wir können Ihnen darüber keine Auskunft geben. Wenden Sie sich an einen Fachmann, deren es ja in Berlin so viele giebt.

M. 100. 1) Der dem Krankenkassengesetz zu Grunde gelegte tägliche Arbeitslohn beträgt für Berlin: a. für jugendliche weibliche Arbeiter (unter 16 Jahren) 1,00 M.; b. für jugendliche männliche Arbeiter (ebenfalls unter 16 Jahren) 1,30 M.; c. für erwachsene weibliche Arbeiter 1,50 M.; d. für erwachsene männliche Arbeiter 2,40 M. — 2) Die Krankenkasse muß freie ärztliche Behandlung, Arznei und ähnliche Heilmittel, außerdem im Falle der Erwerbsunfähigkeit die Hilfe des sub 1 angegebenen täglichen Arbeitsverdienstes leisten. Die Statuten der freien Hilfskassen können diesen aber noch weitergehende Verpflichtungen auferlegen. — 3) Mit Ablauf der 13. Woche endet die Unterstützungspflicht der Kasse, wenn nicht in deren Statuten eine längere Dauer festgesetzt ist.

Carl W. Entschädigung können Sie nicht beanspruchen. Zeigen Sie den Sachverhalt dem nächsten Polizei Bureau an.

Julius B. Ihr Freund hat die Wette verloren; denn als Sie miteinander wetteten, war die Zwischenwand nicht mehr vorhanden. Wenn Sie jedoch bei Eingehung der Wette Kenntniß davon hatten, daß die Zwischenwand beim Miethen der Räumlichkeiten da war und in der Zwischenzeit weggenommen ist, so gilt die Wette nicht.

E. Sch. Ihre Frage nach dem Inhalte des § 43 des allgemeinen Landrechts läßt sich nicht so leicht beantworten. Das Landrecht enthält nämlich 43 Titel, jeder derselben zerfällt wieder in Paragraphen, so daß es nicht einen, sondern 43 §§ 43 giebt.

E. v. U. Sie dürfen nur am 15. kündigen.

J. H. Leipzigerstraße. Beim Schachspiel ist die Hauptfigur der König. Sobald derselbe matt gesetzt ist, ist die Partie zu Ende.

Theater.

Sonntag, den 21. Februar.

Opernhaus. Der reisende Student. Hierauf: Der Kurmärker und Pikarde. Zum Schluß: Wiener Walzer. — Montag: Armide.

Schauspielhaus. Faust, dramatisches Gedicht in 5 Abtheilungen. — Montag: Fräulein Kommerzienrath, Lustspiel in 4 Akten.

Deutsches Theater. Die armen Reichen. — Montag: Romeo und Julia.

Wallner-Theater. Alfred's Briefe. — Montag: Dieselbe Vorstellung.

Residenz-Theater. Denise, Schauspiel in 4 Akten von A. Dumas (Sohn). — Montag: Dieselbe Vorstellung.

Belle-Alliance-Theater. Die schöne Helena. Montag: Dieselbe Vorstellung.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Der Zigeunerbaron, von Joh. Strauß. — Montag: Dieselbe Vorstellung.

Walhalla-Theater. Das lachende Berlin. Heiteres aus der Berliner Theatergeschichte mit Gesang und Tanz in einem Vorspiele und 3 Akten von Jakobson und Wilken. — Montag: Dieselbe Vorstellung.

Louisenstädtisches Theater Abracadabra. — Montag: Dieselbe Vorstellung.

Central-Theater. Der Stabs-Trompeter. — Montag: Dieselbe Vorstellung.

Viktoria-Theater. Däumling. — Montag: Dieselbe Vorstellung.

Ostend-Theater. Das bemooste Haupt, Schauspiel in 4 Akten.

American-Theater. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Theater der Reichshallen. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Kaufmann's Variete. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Konkordia. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Alhambra-Theater.
Wallnertheaterstraße 15.
Heute:
Kieselack
und seine
Nichte vom Ballet.
Posse mit Gesang und Tanz in 4 Abtheilungen von A. Weihrauch.
Histor. Drama in 5 Akten nach dem Französ.
Vor der Vorstellung:
Gr. Konzert der Hauskapelle.
Anfang des Konzerts Wochentags 7 Uhr, der Vorstellung 7¾ Uhr.
Anfang des Konzerts Sonntags 6 Uhr, der Vorstellung 7½ Uhr.
Bons haben Wochentags Giltigkeit und sind im Theaterbureau (12—1 Uhr) gratis zu haben.

Passage 1 Treppe. 9 U. Morg. bis 10 U. Ab.
Kaiser-Panorama.
In dieser Woche: Türkei, Griechenland, Dänemark, Schweden, Norwegen. Hertha-Reise. Karolinen-Inseln ꝛc. Eine Reise 20 Pf. Kinder nur 10 Pf. Abonnements.

Anna Meske. **Hermann Brasch.**
Verlobte. Philadelphia. 765

Allen meinen Freunden und Bekannten empfehle mein
Weiß- und Bairischbier-Lokal.
Vorzügliches Weißbier der Hilsebein'schen Brauerei. Billard à Stunde 50 Pfg.
Achtungsvoll [769
P. Fleischmann, Dresdenerstraße 80.

Einem geehrten Publikum empfehle mein
Weiß- und Bairisch-Bier-Lokal.
Mittagstisch mit Bier 45 Pf., Abendtisch mit Bier 40 Pf. Alle Dienstag Abend Kartoffelpuffer à Stück 10 Pf.
Emil Lindemann,
761 Moritzstraße 9.

Heute Abend 6 Uhr
finden sich die Mitglieder des **Arbeiter-Bezirksverein „Süd-Ost"** zu einem gemüthlichen Glase Bier im Restaurant Jacobi, Landsbergerstraße 82, ein. Recht rege Betheiligung ist erwünscht. [780

Elegante
Masken-Garderobe
Fr. Panknin,
Oranienstr. 178, v. II. Ecke Adalbertstr.
473

Große General-Versammlung
des Verbandes
deutscher Zimmerleute
(Lokalverband Berlin C.)
am Dienstag, den 23. Febr., Abends 8 Uhr, in **Gratweil's Bierhallen,** Kommandanten-Straße 77—79.
Tagesordnung:
1. Ergänzungswahl des Lokalvorstandes. 2. Eingegangene Anträge. 3. Verschiedenes und Fragekasten. Aufnahme neuer Mitglieder.
Der Lokalvorstand. [774
J. A.: **Julius Darge,** Köslinerstraße 19.

Fachverein der Tischler.
Montag, den 22. d. Mts., Abends 8½ Uhr,
Außerord. Generalversammlung
in **Jordan's Salon,** Neue Grünstr. 28.
Tagesordnung:
Anträge und wichtige Vereinsangelegenheiten. — Quittungsbuch legitimirt. Neue Mitglieder werden aufgenommen.
768 Der Vorstand.

Berliner Stuckateur-Verein.
Versammlung am Montag, den 22. Febr., in **Vieft's Salon,** Kommandantenstr. 71—72.
Vortrag des Herrn Dr. v. Kalckstein über: „Deutsche Zunft im 16. u. 17. Jahrhundert."

Am Montag, den 22. Februar, Abends 8½ Uhr,
Versammlung der Leder-Arbeiter
Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 7.
Tagesordnung: Das Lehrlingsunwesen. 2. Wahl der Kommission. 771

Verein d. Parquetbodenleger
Montag, den 22. Februar, Abends 8 Uhr,
Versammlung
in **Pieper's Salon,** Mauerstraße Nr. 86.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Dr. Gerlach. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 4. Fragekasten. — Gäste haben Zutritt. 770

Große öffentliche Versammlung
der
Buchbinder und verw. Berufsgenossen
am Mittwoch, den 24. d. M., Abds. 8½ Uhr, in **Gratweil's Bierhallen,** Kommandanten-Straße 77/79.
Tages-Ordnung:
Antrag Ackermann, betreffend „den Befähigungsnachweis der Handwerks-Gesellen und -Meister." — Zu dieser Versammlung sind sämmtliche Innungs- und nicht der Innung angehörende Meister, sowie die Herren Reichstagsabgeordneten Ackermann und Genossen eingeladen.
773 Der Einberufer: W. Höhne.

Arb.-Bez.-Verein im Westen Berl.
Montag, den 22. d. M., Abends 8½ Uhr,
Versammlung
in **Gründer's Salon,** Schwerinstraße Nr. 26.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Herrn Singer über: „Das Branntweinmonopol". 2. Wie verhält sich der Verein zu den Kommunalwahlen. 3. Fragekasten und Verschiedenes. Gäste willkommen. Neue Mitglieder werden aufgenommen. 782

Arbeiter-Bezirksverein „Unverzagt"
im 5. Wahlkreis.
Dienstag, den 23. d. M., Abends 8½ Uhr,
777 **Versammlung**
im Lokale des Hrn. **Jacobi,** Landsbergerstr. 82.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Gerlach über: „Arbeiterhygiene". 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 4. Fragekasten. — Gäste willkommen. Aufnahme neuer Mitglieder.
Der Vorstand.

1 Piano, s. g., 15 Thlr., z. v. Oranienstraße 4, II. l.

Ein schönes Bett, neu, sof. f. 22 M. z. verk. Reichenbergerstr. 183 im Kistengeschäft. [776

Arbeitsmarkt.
15 Mamsells
und 6 Gesellen auf Damen-Mäntel verl. sofort Müller, Kochstraße 52, Hof links 4 Treppen. [781

Einen tüchtigen **Korbmachergesellen** auf Scheenarbeit verl. E. Voigt, Gitschinerstr. 91.

Wir haben eine ganze Menge Leinen- und Baumwoll-Waaren zu außergewöhnlich billigen Preisen angekauft und offeriren demzufolge solche jetzt
sehr viel billiger

Hemdentuche	in guter Qual., ohne jede Appretur, ¾ breit	Mtr. 30—40 Pf.
Ranforcé	eine feinfädige Waare, hübsch dicht gewebt, ¾ breit	Mtr. 40—45 Pf.
Cretonne fort	fein u. rundfäd., sow. i. d. Halbbark. als auch in d. Wäsche ganz vorzügl.	Mtr. 50 Pf.
Shirting	in allen Qualitäten, aber auch schon sehr gut für	Mtr. 25 u. 30 Pf.
Chiffons	ebenfalls in allen Qualitäten, aber auch schon sehr gut für	Mtr. 30 u. 35 Pf.
Gutes Hausmacherleinen	jetzt	Mtr. 40 u. 45 Pf.
Gutes breit. Hausmacherleinen	für Laken jetzt	Mt. 1 Mk.
Gute Küchen-Handtücher	in grau und weiß, ½ Dtzd. Packung	2 Mk.
Gute Stuben-Handtücher	in ½ Dtzd. Packung	2½, 3, 3½ Mk.
Echtes gut. Bettzeug	Neueste Berl. Muster, ¾ br.	Mtr. 35 u. 40 Pf.
Rosa	und gestreifte **Inlets**	Mtr. 50 u. 60 Pf.
Drilliche,	ganze Bettbreite	Mtr. 75 Pf.
Tischgedecke	mit 12 Servietten, mit 6 Servietten	4½ Mk.
Einzelne Tischtücher	für	1 Mk.
Einzelne Servietten	für	30 Pf.
Leinene Taschentücher	½ Dtzd. Packung	1,25, 1,50, 1,75, 2 Mk.
Möbel-Cattune,	vollständig waschecht,	Mtr. 30 u. 40 Pf.
Teppiche	in allen Qualitäten und größere	4, 5, 6, 10 Mk.
Waschechte Hauskleiderstoffe		Mtr. 30 u. 40 Pf.
Wollene Kleiderstoffe	in sehr gr. Auswahl,	Mtr. 35 u. 45 Pf.
Schwarze rein wollene Cachemirs	sehr reelle Qualitäten	Mtr. 1, 1,25, 150, 1,80, 2 Mk.
Regen-Mäntel	in sehr großer Auswahl,	10, 12, 15, 18 Mk.

Jeden Montag Vormittag Ausverkauf von Resten und einzelnen Roben.
Sielmann & Rosenberg,
Berlin, Kommandantenstr., Ecke Lindenstr.

August Herold
Berlin SO., 112 Skalitzerstrasse 112.
Möbel-, Spiegel- u. Polsterw.-Magazin.
Eigene Fabrik. Solide Preise. Prompte Bedienung. 490

Möbel-, Sopha- und Matratzen-Fabrik
A. Schulz, Wasserthorstr. 34 (auch Theilzahlung). Reelle Waare garantirt.

Allgem. öffentl. Versammlung der Zimmerleute von Moabit und des Wedding
am Montag, den 22. d. M., Abends **pünktlich** 8 Uhr, in **Donath's Salon,** Alt-Moabit 90.
Tages-Ordnung:
1. Wie stellen sich die Zimmerleute Moabits und Umgegend zu den von der Allgemeinheit gefaßten Beschlüssen vom 11. Oktober 1885. 2. Gründung eines Lokal-Verbandes. 3. Verschiedenes. — Es ist Pflicht eines jeden Zimmermanns, in dieser Versammlung zu erscheinen.
779 Die Lohnkommission.
J. A.: **J. Heibt,** Schönholzerstraße 10a.

Gr. öffentl. Versammlung d. Wäschenäherinnen u. Knopflocharbeiterinnen Berlins
am Montag, den 22. d. M., Abends 8 Uhr, in der **„Urania",** Wrangel-Straße Nr. 9—10.
Tagesordnung:
1. Die Lohnfrage. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Neue Mitglieder für den Verein zur Vertretung der Interessen der Arbeiterinnen werden aufgenommen. Zur Deckung der Unkosten Entree nach Belieben. — Gäste haben Zutritt. [778
Die Einberuferin: **Frau E. Herrlich.**

1 frdl. Schlafst. z. v. Naunynstr. 36, H. p. d. Parterre.
Eine Schlafst. zu verm. Wasserthorstr. 44, IV. l.
Frdl. Schlafst. b. Günther, Alvensledenst. 20, H. II.
Eine Schlafst. z. v. Marheinckepl. 12, Hof II.

Verantwortlicher Redakteur R. Grenheim in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Beuthstraße 2.